Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 6. Juni 2013
Ausgabe 105
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **3**
› Zukunft der Kliniken: Wichtige Weichenstellungen 3
› Hochwasser: München hilft Passau 5
› Hochwasserhilfen für Geschädigte in München 5
› München 2022: Stadtrat beschließt Vorbereitungen für Bewerbung und Bürgerentscheid 6
› Auftragsmord in Peru: Asháninka-Dorfchef ermordet 6
› Münchner Programm gegen Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen ausgezeichnet 7
› Kunstareal München: Bürgergutachten wird vorbereitet 8
› Schulgebäude der Mittelschule Perlacher Straße wieder nutzbar 9
› Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 11 9
› Vor 75 Jahren: Abriss der Hauptsynagoge und der Matthäuskirche 11
› Bauzentrum: Vortrag über Münchens Mietsituation 12
› Reihe Einblicke: Vortrag „Stadt im Wandel“ 13
Antworten auf Stadtratsanfragen **14**

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Freitag, 7. Juni, 11.30 Uhr,
Polizeipräsidium München, Medienzentrum, Augustinerstraße 2
Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle informiert gemeinsam mit Polizeivizepräsident Robert Kopp über die Sicherheit im Radverkehr sowie über die Kampagne „Gscheid radln – aufeinander achten! 2013".
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung
Freitag, 7. Juni, 14 Uhr,
Hotel Westin Grand München, Arabellastraße 6
Zur Verbandstagung des Bayerischen Landes-Sportverbands e.V. spricht Oberbürgermeister Christian Ude Grußworte. Unter dem Motto „Aufbruch 2018 – Nur gemeinsam geht's" werden rund 400 Delegierte, Verbands- und Vereinsvertreter aus ganz Bayern die sportpolitischen Weichen stellen und die neue Verbandsspitze wählen.

Wiederholung
Freitag, 7. Juni, 14 Uhr, Kinderkrippe Angererstraße 7 b
Bei der Eröffnungsfeier der neu erbauten Kinderkrippe in der Angererstraße 7 b spricht Stadträtin Sabine Krieger (Bündnis 90/Die Grünen) in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte. Die Einrichtung wurde von der Stadt mitfinanziert und ausgestattet und der gemeinnützigen GmbH Förderkreis JUL in Betriebsträgerschaft übergeben. Sie umfasst zwei Kinderkrippengruppen mit insgesamt 24 Plätzen. In Vertretung von Stadtschulrat Rainer Schweppe spricht die Leiterin der Abteilung KITA im Referat für Bildung und Sport, Dr. Susanne Herrmann.

Wiederholung
Freitag, 7. Juni, 15 Uhr,
Alois-Johannes-Lippl-Weg, Grünanlage am Neuhofener Berg
Stadtrat Paul Bickelbacher (Bündnis 90/Die Grünen) eröffnet in Vertretung von Oberbürgermeister Christian Ude gemeinsam mit Baureferentin Rosemarie Hingerl und einem Vertreter des Park Board, Cincinnati (USA) das neue barrierefreie Baumhaus in der Grünanlage am Neuhofener Berg. Die Eröffnung findet im Rahmen eines kleinen Festes für Bürgerinnen und Bürger statt.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Samstag, 8. Juni, 11 Uhr, Reichenbachbrücke Ostufer
Die Kampagne „Deine Isar“ wird auch dieses Jahr fortgeführt. Zur Auftaktveranstaltung spricht Oberbürgermeister Christian Ude Grußworte.

Dienstag, 11. Juni, 10.30 Uhr, Haus St. Martin,
St.-Martin-Straße 34 (ein Haus der Münchenstift GmbH)
Stadtrat Dr. Reinhold Babor (CSU) gratuliert der Münchner Bürgerin Anna Strobach im Namen der Stadt zum 101. Geburtstag.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 13. Juni, 19 Uhr,
Pfarrsaal St. Ruppert, Gollierstraße 61 (barrierefrei)
Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 8 (Schwanthalerhöhe). Die Versammlungsleiterin Bürgermeisterin Christine Strobl und der Bezirksausschussvorsitzende Ludwig Wörner informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.
Bürgersprechstunde
Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat/Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat/Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft/Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und der Bezirksausschussvorsitzende Ludwig Wörner.

Meldungen

Zukunft der Kliniken: Wichtige Weichenstellungen
(6.6.2013) Aufgrund des gemeinsamen Positionspapiers mit der Gewerkschaft ver.di ist Oberbürgermeister Christian Ude zuversichtlich, dass „die Konflikte und Machtproben im Aufsichtsrat der Städtischen Klinikum GmbH ein Ende haben und der Weg frei ist für eine konstruktive Zusammenarbeit, die angesichts der anstehenden Sanierungsaufgaben unverzichtbar ist“. Die teilweise voraus veröffentlichte Vereinbarung hat folgenden Wortlaut:

Gemeinsames Positionspapier von Oberbürgermeister Ude und der Gewerkschaft ver.di

1. Die städtische Politik, die kommunale Daseinsvorsorge in städtischer Hand zu behalten und auszubauen sowie Privatisierungen auszuschließen, wird als gemeinsame Zielsetzung ausdrücklich anerkannt. Eine hochwertige stationäre Gesundheitsversorgung ist Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die stationäre medizinische Versorgung soll an die gesundheitspolitische Entwicklung angepasst werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es unverzichtbar, mit höchster Priorität einen konsequenten Sanierungsprozess fortzusetzen und eine darauf ausgerichtete medizinische Architektur aufzubauen.
2. Folgende Positionen zum Erhalt der StKM GmbH werden gemeinsam vertreten:
   - Eine Gemeinnützigkeit der StKM GmbH wird nicht angestrebt. An der paritätischen Mitbestimmung wird festgehalten. Die paritätische Mitbestimmung beinhaltet auch, dass die Grundsätze der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Eigentümerin und Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat eingehalten werden. Dazu gehört, dass beide Seiten die Verantwortlichkeiten und Befugnisse der jeweils anderen Seite anerkennen, zum Beispiel die Frage des Aufsichtsratsvorsitzes. Ver.di strebt in der Zusammenarbeit eine einvernehmliche Lösung mit den Vertretern der Gesellschafterin im Aufsichtsrat an. Die Notwendigkeit einer konstruktiven Zusammenarbeit wird ausdrücklich anerkannt, vor allem dann, wenn im Rahmen des Sanierungsprozesses wichtige Entscheidungen zu treffen sind.
   - Die ver.di-Vertreter im Aufsichtsrat werden darauf drängen, dass sich der Aufsichtsrat auf seine Kontrollaufgaben gemäß Gesetz und Satzung der Gesellschaft konzentriert.
   - Die Kostenstruktur muss dem Durchschnitt der kommunalen Großkrankenhäuser mit Vollversorgungsauftrag angepasst werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Arbeitsplätze im Klinikum dauerhaft erhalten werden und gleichzeitig gute Arbeitsbedingungen sowie eine gerechte Bezahlung gewährleistet werden können.
   - Der Oberbürgermeister wird dem Stadtrat folgenden Vorschlag unterbreiten: Die Stadtkämmerei übernimmt als weiteres Betreuungsreferat das betriebswirtschaftliche Controlling, auch das des Sanierungsprozesses. Das RGU konzentriert sich als Betreuungsreferat im Rahmen seines umfassenden Beteiligungsmanagements

auf die fachlichen Schwerpunkte im strukturellen, medizinischen und pflegerischen Bereich der Gesundheitsversorgung.
- Im Aufsichtsrat werden personelle Änderungen vorgenommen. Dominik Schirmer wird in den Aufsichtsrat entsandt und erklärt seine Bereitschaft, für die Funktion des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden zu kandidieren.
- Über die Strukturen der Arbeitnehmervertretung in der StKM werden weitere Gespräche geführt.

Hochwasser: München hilft Passau

(6.6.2013) Aufgrund einer Vereinbarung der Oberbürgermeister Christian Ude aus München und Jürgen Dupper aus Passau ist das Hilfsprogramm der Stadt München für die Drei-Flüsse-Stadt angelaufen. Bereits heute um 5 Uhr in der Früh ist eine Gruppe von 19 Führungskräften der Berufsfeuerwehr nach Passau aufgebrochen, um 9 Uhr wurde vor Ort die Arbeit aufgenommen. Aufgrund der unzähligen Entscheidungssituationen besteht ein besonderer Bedarf an Führungskräften. Am Freitag werden 100 weitere Mitarbeiter der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr folgen, um die Einsatzkräfte vor Ort bei Pumparbeiten und Ölschadensbekämpfung zu unterstützen. Überdies sind bereits sechs Bautechniker der Lokalbaukommission in Passau tätig, um an der Schadensbegutachtung mitzuwirken. Zusätzlich stehen zehn Mitarbeiter der Münchner Stadtreinigung aus dem Baureferat bereit, um nach Rückzug der Wassermassen bei der Schlammbeseitigung zu helfen.
Als Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke hatte Oberbürgermeister Ude auch Hilfe bei der Wiederinbetriebnahme der Strom-, Gas- und Wasserversorgung angeboten. Insgesamt 19 Monteure der Stadtwerke München werden ab heute bei der Instandsetzung des Stromnetzes helfen.
Da die Oberbürgermeister-Büros in engem Kontakt stehen, kann weitere personelle und sachliche Hilfe jederzeit angefordert werden. Oberbürgermeister Ude: „Ich bedanke mich bei allen beteiligten städtischen Referaten und den Münchner Stadtwerken sowie den betroffenen Beschäftigten für ihre spontane Hilfsbereitschaft, die ein herausragendes Beispiel für kommunale Solidarität ist."

Hochwasserhilfen für Geschädigte in München

(6.6.2013) Münchnerinnen und Münchner, die durch das aktuelle Hochwasser geschädigt worden sind, können ab sofort Anträge auf finanzielle Unterstützung für lebensnotwendigen Hausrat und unverzichtbaren Geschäftsbedarf stellen. Das Hochwasser hat vor allem in der Au zu überlaufenen Kellern und Sachschäden geführt. Soforthilfen bis zu 1.500 Euro

sind möglich. Diese finanzielle Hilfe des bayerischen Finanzministeriums richtet sich sowohl an Privathaushalte als auch an Kleingewerbe.
Das Münchner Referat für Gesundheit berät und unterstützt bei der Antragsstellung. Kontakt unter Telefon 2 33-4 75 74 oder per E-Mail: wasser.rgu@muenchen.de

(teilweise voraus)
München 2022: Stadtrat beschließt Vorbereitungen für Bewerbung und Bürgerentscheid
(6.6.2013) Grünes Licht hat die Vollversammlung des Stadtrats jetzt für die Vorbereitung einer Bewerbung Münchens um die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2022 gegeben. Mit breiter Mehrheit hat der Stadtrat dazu die Verwaltung beauftragt, das Bewerbungskonzept München 2018 für eine 2022-Bewerbung zu optimieren.
Einstimmig wurde zudem beschlossen, dass vor Abgabe einer möglichen Bewerbung darüber am 10. November 2013 ein Bürgerentscheid durchgeführt werden soll.
Ausgehend vom Konzept München 2018 sieht der Deutsche Olympische Sportbund Optimierungspotentiale vor allem in einer Verlagerung der Biathlon- und Langlauf-Wettbewerbe nach Ruhpolding sowie der Freestyle-Wettbewerbe Aerials und Halfpipe in den Münchner Olympiapark. Über das optimierte Bewerbungskonzept sowie die damit verbundenen Auswirkungen und Kosten sollen die Münchnerinnen und Münchner rechtzeitig vor dem Bürgerentscheid informiert werden.

Auftragsmord in Peru: Asháninka-Dorfchef ermordet
(6.6.2013) Bürgermeister Hep Monatzeder teilt mit, dass Mauro Pio Peña, der Dorfchef der Asháninka-Kommune Nuevo Amanecer Haway, auf offener Straße ermordet wurde. Mauro Pio Peña befand sich am 27. Mai um 18.30 Uhr Ortszeit vor dem Krankenhaus der Provinzhauptstadt Satipo im zentralen peruanischen Regenwald, als von einem fahrenden Motorrad aus zwei tödliche Schüsse auf ihn abgegeben wurden.
München pflegt im Rahmen des KlimaBündnisses eine Partnerschaft mit dem indigenen Volk der Asháninka im zentralen peruanischen Regenwald und hat bereits vor einigen Jahren die Ortschaft Nuevo Amanecer Haway dabei unterstützt, die Anerkennung als indigene Dorfgemeinschaft offiziell eintragen zu lassen und endlich Landtitel zu bekommen. Dorfchef Pio Peña war wortgewaltig und vehement für die Rechte der indigenen Bevölkerung eingetreten. Mit großem Einsatz hatte er erreicht, dass seine Dorfgemeinschaft für ihr tradiertes Gemeinschaftsland (36.000 Hektar Regenwaldgebiet) offizielle Landtitel erhielt. Er hat diejenigen öffentlich mit Namen ge-

nannt und kritisiert, die sich illegal Land von Asháninkasiedlungen angeeignet hatten.
Die beiden Motorradfahrer, welche die tödlichen Schüsse abgegeben hatten, wurden gefasst. Sie gaben an, im Auftrag eines Holzfällerunternehmens der Region gehandelt zu haben, dem der Mord 2.000 Soles wert war; das entspricht etwa 650 Euro.
Bürgermeister Monatzeder ist von dem Vorfall sehr betroffen: „München ist dem Dorf sehr verbunden und dankbar für die Anstrengungen, die es unternimmt, den Regenwald zu schützen und zu erhalten. Die Hinterbliebenen von Pio Peña müssen nun unterstützt, die Mörder ihrer gerechten Strafe zugeführt und die Auftraggeber und Hintermänner des Mordes juristisch belangt und zur Rechenschaft gezogen werden."
Monatzeder plädiert dafür, dass die zuständigen peruanischen Stellen und Instanzen folgende Punkte ansprechen und einfordern:

- Die Landtitel für das Gemeinschaftsland aller Asháninka-Dorfgemeinschaften müssen zügig offiziell eingetragen und anerkannt werden, damit dem illegalen und betrügerischen Vorrücken der Edelhölzer-Mafia klare Grenzen gesetzt werden können.
- Die bestehenden Einrichtungen, die den amazonischen Regenwald in Peru schützen sollen, müssen von den Behörden aufgewertet, gestützt und gestärkt werden.
- Der illegale Handel mit wertvollen Tropenhölzern muss aufmerksamer als bisher unterbunden werden. Verstärkte Kontrolle und härtere Strafen tun not.

„Im Namen der Landeshauptstadt München versichere ich unserem Klima-Partner, dem Volk der Asháninka im zentralen Regenwald Perus, dass wir weiterhin die Vorgänge dort aufmerksam verfolgen und die Kooperation mit den Asháninka zu ihrem eigenen Schutz und zum Schutz des Regenwaldes fortsetzen werden. Weiterhin gilt auch unser Münchner Stadtratsbeschluss, kein Tropenholz zu verwenden," erklärt Monatzeder.

Münchner Programm gegen Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen ausgezeichnet

(6.6.2013) Ein überdurchschnittlicher Bier- und Weinkonsum, deutlich mehr Jugendliche auf dem Oktoberfest, die stark alkoholisiert sind, fast täglich ein Jugendlicher, der mit einer Alkoholvergiftung stationär behandelt werden muss – die Situation zum Alkoholmissbrauch Jugendlicher in der Landeshauptstadt München ist bedenklich. Vor diesem Hintergrund hat der Stadtrat vor zwei Jahren beschlossen, dem Alkoholmissbrauch junger Menschen mit einem Präventionsprogramm zu begegnen und entsprechende personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Dieses Programm wurde nun in Berlin im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbs „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“ vom Bundesministerium für Gesundheit, der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, sowie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ausgezeichnet.
Das Programm ist ein Baukastensystem, das sich aus unterschiedlichen Steinen zusammensetzt. Im Fokus steht der öffentliche Raum wie die Münchner Partymeile mit ihren zahlreichen Clubs, das Oktoberfest und Schulungsreihen für Eltern, Lehrkräfte und Sozialpädagoginnen und -pädagogen. Ziel der Schulungen ist, Kinder und Jugendliche gegen Suchtmittel stark zu machen.
Eines der Projekte ist beispielsweise „Cool bleiben – friedlich feiern in München“ an der Schnittstelle zwischen Sucht- und Gewaltprävention. Hier sind Streetworker nachts auf der Partymeile unterwegs, um Jugendliche und junge Erwachsene für die Gefahren des Alkoholmissbrauchs zu sensibilisieren und in Konfliktfällen deeskalierend einzuwirken.
Ein anderes Projekt, „Jugendschutz auf dem Oktoberfest – Modell der kurzen Wege zwischen Notfallhilfe und Prävention“, stärkt die Zusammenarbeit zwischen Jugendschutz, Wirten, Polizei, Bayerischem Roten Kreuz und Festspielleitung. So werden bereits vor der Wiesn Gewerbetreibende, Wirte und Veranstalter in Sachen Jugendschutz beraten. Beim Fest selbst ist der Jugendschutz mit Fach- und Hilfskräften vor Ort.
Beim Projekt „Jugendschutz – wir halten uns dran“ setzt sich das Jugendamt mit allen neu eröffneten Clubs und Gaststätten in Verbindung und klärt sie über die einschlägigen Gesetze auf und macht deutlich, welche gesetzliche Verantwortung bei den Wirten liegt.
Gleich drei städtische Referate wirkten an der Konzeption und an der Umsetzung des Programmes mit: das Referat für Gesundheit und Umwelt, das Referat für Bildung und Sport und das Sozialreferat. So ist sichergestellt, dass die unterschiedlichen Aspekte von Alkoholmissbrauch und Alkoholsucht im Programm zum Tragen kommen.

Kunstareal München: Bürgergutachten wird vorbereitet
(6.6.2013) Im September wird in München erstmals ein durch die Stadtverwaltung betreutes Bürgergutachten durchgeführt. 100 im Zufallsverfahren ausgewählte Bürgerinnen und Bürger werden dabei in einem intensiven zweiwöchigen Prozess Empfehlungen für das Kunstareal in der Maxvorstadt aussprechen. Das Münchner Forum e.V. lädt im Vorfeld Bürgerinnen und Bürger, Kunst- und Kulturinteressierte aus München ein, sich im Dialog miteinander Gedanken zu machen, welche Anstöße sie den Gutachterinnen und Gutachtern für ihre Arbeit am Bürgergutachten mit auf den

Weg geben wollen, damit sich das Kunstareal mit seinem Potenzial aus Kunst, Kultur, Wissen zu einem integralen Bestandteil im Stadtorganismus entwickelt. Die Ver-anstaltung findet am Donnerstag, 13. Juni, um 19 Uhr im Amerikahaus, Karo-linenplatz 3, mit dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung statt, das vom Stadtrat zur Durchführung des Bürgergutachtens beauftragt wurde. Der Eintritt ist frei.
Die Einladung kann unter folgendem Link herunterladen werden:
http://muenchner-forum.squarespace.com/storage/pdf/Einladung_Kunstareal_Muenchen.pdf
Weitere Infos zum Kunstareal München und dem Bürgergutachten unter *www.muenchen.de/plan* und *www.buergergutachten.com/kunstareal*.

Schulgebäude der Mittelschule Perlacher Straße wieder nutzbar
(6.6.2013) Das Schulgebäude der Mittelschule Perlacher Straße ist seit dieser Woche wieder nutzbar. Zum Schulstart nach den Pfingstferien sind die Sanierungs- und Reinigungsarbeiten weitgehend abgeschlossen, so dass die Schülerinnen und Schüler sukzessive in ihre Räume zurückkehren können. Wegen Belastung der Raumluft durch Quecksilber konnten große Teile vom Hauptgebäude der Mittelschule an der Perlacher Straße seit März nicht genutzt werden (siehe Rathaus Umschau vom 18. März). Um eine Gefahr für die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte auszuschließen, waren elf Räume in Absprache mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt gesperrt worden. Der Unterricht fand für die neun betroffenen Klassen in Fachräumen sowie in der Sporthalle statt. Zeitweise wurde in Schichten am Vor- und Nachmittag unterrichtet.
Die belasteten Räume wurden einer speziellen Reinigung unterzogen, teilweise wurden Bodenbeläge komplett erneuert und Mobiliar ausgetauscht. Die Reinigungsarbeiten sind weitgehend abgeschlossen. Derzeit werden noch in vier Räumen Restarbeiten abgewickelt. Auch für diese Räume erfolgen nochmals Innenraum-Schadstoffmessungen. Die abschließende Freigabe der Räumlichkeiten erfolgt nach Abstimmung mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt. Es ist davon auszugehen, dass eine vollständige Nutzung aller Räume zeitnah möglich sein wird.

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 11
(6.6.2013) Oberbürgermeister Christian Ude lädt in Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 11 (Milbertshofen - Am Hart) am Donnerstag, 20. Juni, 19 Uhr, in die Aula der Grundschule am Hildegard-von-Bingen-Anger 4, 80937 München, zu einer Bürgerversammlung des 11. Stadtbezirkes ein. Die Leitung der Versammlung übernimmt Stadtrat Dr. Florian Roth, Vorsitzender der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Zu Beginn informie-

ren er und die Bezirksausschussvorsitzende Antonie Thomsen über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.
Schwerpunktthemen werden voraussichtlich sein:

1. Versorgung mit Kinderkrippen-, Kindergarten- und Hortplätzen
2. BOS/FOS auf der Nordhaide – Baubeginn
3. Gymnasium München-Nord – Eliteschule des Sports, Baubeginn
4. Sanierung/Neubau Grund- und Mittelschule in der Bernaystraße
5. TSV Milbertshofen – Bedarf an neuem Rasen- oder Kunstrasenplatz für den Jugendfußball
6. neues Sportgelände in der Ingolstädter Straße
7. Nahversorgung im Stadtteil Harthof, Sachstand mobile Versorgung Neuherbergstraße 28
8. Harthof: GWG – Sachstand, Reihenfolge der Planungsabschnitte
9. Neubau Freizeittreff Harthof
10. Verkehrskonzept Münchner Norden – Planungen der Stadt
11. Entwicklung Olympiapark, Gelände ehemaliger Busbahnhof, Parkpflegekonzept
12. 100 Jahre Eingemeindung Milbertshofen
13. Tag des offenen Denkmals im September
14. Kulturzentrum 2411 und Mittelpunktsbibliothek an der Blodigstraße

Alle Besucherinnen und Besucher der Bürgerversammlung, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.
Anträge sind in der Bürgerversammlung persönlich zu stellen und schriftlich einzureichen. Das entsprechende Formular findet sich im Internet unter *www.muenchen.de/buergerversammlungen*, wird aber auch zu Beginn der Bürgerversammlung ausgegeben.
Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle Nord der Bezirksausschüsse 9, 10, 11 und 24, Ehrenbreitsteiner Straße 28 a, 80993 München, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls kann in der Geschäftsstelle die Stellungnahme des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zu den Anträgen eingesehen werden.
Gehörlosen Bürgerinnen und Bürgern, die an der Bürgerversammlung ihres Stadtbezirks teilnehmen, werden auf Antrag die Kosten für einen Gebärden-Dolmetscherdienst erstattet. Nähere Auskünfte erteilen gerne der Gehörlosenverband München und Umland, Regionalcenter, *www.gmu.de,* regionalcenter@gmu.de, Bildtelefon 99 26 98 63, Fax 99 26 98-21, oder das Direktorium der Landeshauptstadt München, Marienplatz 8, 80331

München, Susan Gummelt, buergerversammlung.dir@muenchen.de, Fax 2 33-2 52 41. Der Versammlungsort ist barrierefrei.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat/Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat/Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft/Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und die Bezirksausschussvorsitzende Antonie Thomsen.

Vor 75 Jahren: Abriss der Hauptsynagoge und der Matthäuskirche

(6.6.2013) In den nächsten Tagen jähren sich in München zwei denkwürdige Ereignisse zum 75. Mal: die Zerstörung der ehemaligen Hauptsynagoge in der Herzog-Max-Straße sowie der Abriss der früheren Pfarrkirche St. Matthäus nahe dem Stachus. Beide Münchner Gotteshäuser waren im Juni 1938 den Nationalsozialisten zum Opfer gefallen. „Der Abriss der beiden Gotteshäuser schon einige Monate vor der Reichspogromnacht gehört zu den bedrückendsten Beweisen, dass die ‚Hauptstadt der Bewegung' bei nationalsozialistischer Willkür und Gewaltherrschaft der Zeit vorauseilen wollte", erklärt Oberbürgermeister Christian Ude. „Zu den erfreulichsten Kapiteln der Nachkriegsgeschichte gehört, dass die neue Matthäuskirche schon in den 1950-er Jahren und die neue Hauptsynagoge mit dem jüdischen Zentrum wenigstens nach der Jahrhundertwende entstehen konnte."

Am 8. Juni 1938 hatte die Israelitische Kultusgemeinde den Befehl erhalten, Synagoge und Gemeindehaus sowie zwei weitere Gebäude zu verkaufen und sofort zu räumen. Zur Begründung wurden „verkehrstechnische Gründe" angeführt. Tags darauf, am 9. Juni 1938, begann der Abriss der Hauptsynagoge. Adolf Hitler hatte diesen persönlich am 7. Juni nach dem Besuch einer Veranstaltung im benachbarten Künstlerhaus angeordnet. Bis zum vier Wochen später angesetzten „Tag der Deutschen Kunst" sollte, so die Weisung des „Führers", das Gotteshaus aus dem Stadtbild verschwunden sein. Das abgeräumte Grundstück wurde asphaltiert und in einen Parkplatz umgewandelt.

Die Hauptsynagoge an der Herzog-Max-Straße, fertiggestellt im Jahr 1887 und zu diesem Zeitpunkt die drittgrößte Synagoge in Deutschland, war das erste jüdische Gotteshaus in Deutschland, das dem Zerstörungswillen der Nationalsozialisten zum Opfer gefallen war. Die staatliche Willkür, die beim Abbruch der Hauptsynagoge so unvermittelt über die Kultusgemeinde hereinbrach, machte den jüdischen Münchnerinnen und Münchnern

unmissverständlich deutlich: Partei und Staat waren nun dabei, letzte verbliebene Rücksichten aufzugeben. Wenige Monate später folgte mit der Pogromnacht vom 9. zum 10. November der nächste Höhepunkt des nationalsozialistischen Terrors.
Wenige Tage nach dem Beginn des Abrisses der Hauptsynagoge, nämlich am 16. Juni 1938, musste auch die 1833 eingeweihte Pfarrkirche St. Matthäus weichen. Die erste evangelische Kirche in München lag damals nahe dem Stachus, auf Höhe von Schwanthaler- und Herzogspitalstraße. Die Nationalsozialisten beanspruchten den Platz für ihre Verkehrsplanungen – für eine am Sendlinger-Tor-Platz beginnende Untergrundbahn und einen Altstadtring.
Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kam schnell wieder die Forderung nach dem Wiederaufbau der Matthäuskirche auf. Als neuer Standort wurde die städtebaulich dominierende Fläche am Sendlinger-Tor-Platz ausgewählt. Die neue Matthäuskirche wurde von 1953 bis 1957 erbaut.
Auch die Israelitische Kultusgemeinde hat mit dem Bau des Jüdischen Zentrums auf dem Jakobsplatz ein neues Zuhause im Herzen der Stadt gefunden. Das Grundstück der alten Hauptsynagoge an der Herzog-Max-Straße spielte dabei eine entscheidende Rolle. Die Stadt hatte es 1999 an den Arcandor-Konzern verkauft. Dieser konnte so sein benachbartes Warenhaus Oberpollinger erweitern. Der Verkaufserlös wurde in den Bau des Jüdischen Zentrums am Jakobsplatz investiert. Dieses wurde am 9. November 2006 eröffnet.

Bauzentrum: Vortrag über Münchens Mietsituation

(6.6.2013) Die Mietsituation in München ist angespannt. Durch regelmäßige Mieterhöhungen, gerade auch nach Modernisierungen, wächst bei vielen Mieterinnen und Mietern die Angst, sich über kurz oder lang die Wohnung nicht mehr leisten zu können. Insbesondere auch Rentner und Rentnerinnen oder Menschen, die kurz vor dem Rentenalter stehen, stellen sich die Frage, ob sie sich München auf Dauer noch leisten können, wenn die Miete das Einkommen fast aufzehrt. Rechtsanwalt Günter Rieger erklärt bei seinem Vortrag mit Diskussion am Dienstag, 11. Juni, um 18 Uhr im Bauzentrum München, Willy-Brandt-Allee 10 (U2 Haltestelle Messestadt West), wie sich die Mietsituation in München so entwickeln konnte. Wie der Gesetzgeber und damit Bund, Länder und Gemeinden hier gegensteuern könnten und ob gegebenenfalls auch die Gerichte Einflussmöglichkeiten haben, wird ebenfalls Thema sein. Der Eintritt ist frei.

Reihe Einblicke: Vortrag „Stadt im Wandel“

(6.6.2013) In der Reihe „Einblicke“ des Stadtarchivs München stellt Angela Stilwell am Dienstag, 11. Juni, unter dem Titel „Stadt im Wandel“ den Plan-Bestand der „Bürgerhaussammlung“ vor. Die Veranstaltung beginnt um 18.30 Uhr im Stadtarchiv München, Winzererstraße 68. Der Eintritt ist frei.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 6. Juni 2013

Öffnung des Marienhofs für Spiel und Sport
Antrag Stadträtinnen Anja Berger, Gülseren Demirel, Jutta Koller und Sabine Krieger (Bündnis 90/Die Grünen) vom 21.2.2013

Folgen der Erhebung der Schmutzwassergebühren durch die Münchner Stadtentwässerung?
Anfrage Stadtrat Marian Offman (CSU) vom 4.4.2013

Die Stadtwerke als Opfer des Stahlkartells: Geld zurück!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 8.1.2013

Container an Schulen und Kindergärten – ein Gesundheitsrisiko?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 17.1.2013

Gewerbeanmeldungen durch Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 28.2.2013

Nachgefragt: Gewerbeanmeldungen in München und „Sozialtourismus“
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 12.3.2013

Grenzen des Sozialhilfemissbrauchs – wie konsequent handelt die Stadt?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.5.2013

Öffnung des Marienhofs für Spiel und Sport
Antrag Stadträtinnen Anja Berger, Gülseren Demirel, Jutta Koller und Sabine Krieger (Bündnis 90/Die Grünen) vom 21.2.2013

Antwort Baureferat:

Sie haben am 21.02.2013 Folgendes beantragt:

„Das Referat für Bildung und Sport und das Sozialreferat werden beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Jugendhilfe Ideen für temporäre ‚Spiel- und Sport-Nutzung' des wieder begrünten Marienhofs zu entwickeln. Besonderer Wert soll auf ein lebendiges, offenes Angebot gelegt werden, welches Kinder aller Altersklassen, jeglicher Herkunft, mit Behinderung oder ohne, anspricht."

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit i. S. von Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO und § 22 GeschO, die für die Stadt keine grundsätzliche Bedeutung hat und deren Erledigung dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu Ihrem Antrag vom 21.02.2013 teilen wir Ihnen aber Folgendes mit:

Die federführende Bearbeitung hat das Baureferat übernommen, da der Marienhof vermögensrechtlich dem Baureferat (Gartenbau) zugeordnet ist. Inhaltlich betrifft der Antrag jedoch das Referat für Bildung und Sport, das Sozialreferat und das Kreisverwaltungsreferat, die jeweils um Stellungnahme gebeten wurden.

Das Referat für Bildung und Sport teilte hierzu mit:
„Seit vielen Jahren organisiert das Sportamt, Abteilung Freizeitsport, in den Sommermonaten von Mai bis Oktober regelmäßige kostenlose Spielnachmittage für die ganze Familie. Zwischen 14.30 und 18 Uhr animieren fachkundige Spielleiterinnen und Spielleiter im West-, Luitpold-, Ost-, und Riemer Park alle Altersgruppen zum Ausprobieren und Bewegen. Hüpfburgen, Kletterturm, Stelzen, Einräder, Geschicklichkeitsparcours und vieles mehr versprechen Spaß an Spiel und Bewegung.
Ebenfalls jeden Sonntag kann man beim Spieleabend in der Fußgängerzone zwischen Richard-Strauss-Brunnen und Michaelskirche von 17 bis

20.30 Uhr seine Geschicklichkeit an anspruchsvollen Spielgeräten testen. Ziel der Spielangebote ist es, den Sport zu den Menschen zu bringen. Da die Resonanz und die sportliche Beteiligung der Münchnerinnen und Münchner, insbesondere der Kinder und Jugendlichen sehr gut ist, baut das Referat für Bildung und Sport – Freizeitsport das Angebot ab 2013 nochmals aus. Die regelmäßigen Spielnachmittage werden ab Mai nun auch an der Isar zwischen Tierpark und Deutschem Museum zwischen 14.30 und 18 Uhr angeboten. Die Spieleabende am Sonntag von 17 bis 20.30 Uhr werden ab dem 04.08 bis 27.10.2013 von der Neuhauser Straße in den Marienhof verlegt. Damit unterstützt das Referat für Bildung und Sport aktiv den Antrag ‚Öffnung des Marienhofs für Spiel und Sport' durch ein vielseitiges Angebot an Bewegungs- und Geschicklichkeitsspielen für Jung und Alt."

Das Sozialreferat teilte Folgendes mit:
„Auf dem Marienhof fanden in der Vergangenheit häufig Spielaktionen von Trägern der Spielszene statt. Der Verein PA/SPIELkultur e.V. hat z.B. in den Pfingstferien regelmäßig ein buntes Spiel-, Kultur- und Zirkusprogramm durchgeführt. Die Veranstaltungen waren bei den Kindern sehr beliebt und durchwegs immer gut besucht.
Das Sozialreferat/Stadtjugendamt München würde es daher sehr begrüßen, wenn der Marienhof künftig wieder für vielfältige temporäre Spielaktionen zur Verfügung stehen würde.
Im Rahmen der Steuerung und der Jahresplanung könnte das Sozialreferat/Stadtjugendamt München mit den in Frage kommenden Trägern (z.B. AG Spiellandschaft Stadt, PA/Spielen in der Stadt e.V., PA/SPIELkultur e.V., Kultur & Spielraum, MobilSpiel e.V.) entsprechende Vereinbarungen zur Bespielung des Marienhofs treffen.
Somit wäre gewährleistet, dass in Ergänzung zu Sportangeboten auch entsprechende attraktive Spielangebote den Kindern und Familien zur Verfügung stehen."

Weiterhin teilte das Kreisverwaltungsreferat (KVR) mit:
„Wie im Stadtratsbeschluss vom 13.03.2007 dargestellt, sind derzeit noch keine Nutzungskriterien für den Marienhof definiert.
Das KVR stimmt daher alle Anfragen im Einzelfall unter Maßgabe der im Beschluss des Bauausschusses vom 16.01.2007 dargelegten Grundsätze mit dem Baureferat-Gartenbau ab.
Aus Sicht des KVR sind die Angebote im Sinne des Antrags grundsätzlich möglich (s. § 1 Abs. 1 GrünanlagenS).

Falls sich Anträge zeitlich überschneiden, versucht das KVR im Wege der Kooperation Lösungen zu suchen. Sollten sich Terminkollisionen nicht auflösen lassen, entscheidet das KVR nach der Reihenfolge der eingegangenen Anträge.
Es besteht für das KVR als Sicherheitsbehörde grundsätzlich keine Möglichkeit, Veranstaltungen bevorzugt zu behandeln.
Unabhängig davon besteht u.E. allerdings die Möglichkeit für das Baureferat, die Angebote im Sinne des Antrags im Rahmen von Nutzungskriterien als privilegiert zu definieren und dies im Rahmen der Stellungnahme im Vergabeverfahren dem KVR mitzuteilen."

Anläßlich o.g. Stellungnahmen hat das Baureferat sowohl dem Referat für Bildung und Sport als auch dem Sozialreferat seine Unterstützung bei deren Aktivitäten für Sport und Spiel auf dem Marienhof signalisiert.

Wir bitten, von den Ausführungen Kenntnis zu nehmen und gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Folgen der Erhebung der Schmutzwassergebühren durch die Münchner Stadtentwässerung?
Anfrage Stadtrat Marian Offman (CSU) vom 4.4.2013

Antwort Baureferat:

In Ihrer Anfrage vom 04.04.2013 führen Sie Folgendes aus:

„Mit den Abrechnungen für das vorangegangene Wirtschaftsjahr erhalten viele Stadtwerkekunden ein Merkblatt der Münchner Stadtentwässerung mit dem Inhalt, dass bereits für 2013 die Schmutzwassergebühr direkt von der Stadtentwässerung erhoben wird. Denn nunmehr rechnen Stadtwerke und Stadtentwässerung nach einem Stadtratsbeschluss jeweils selbst für Frischwasser und Schmutzwasser ab. Dies wird in einem der jüngsten SWM-Wasserabrechnung beigefügten Merkblatt angekündigt. Mit dem Merkblatt erhalten die Kunden ein Formular für die Abgabe einer Abbuchungsermächtigung an die Stadtentwässerung.
Wenige Wochen nach Erteilung der Vollmacht erhalten die Kunden der Stadtentwässerung ein weiteres Schreiben. Als Anlage beigefügt ist ein Formular mit den Bankdaten des Kunden, welche er bei Erteilung der Abbuchungsermächtigung der Stadtentwässerung mitgeteilt hat. Der Kunde wird nunmehr aufgefordert, die Daten zu überprüfen und bei Abweichungen dieses auf einem weiteren vorsorglich beigefügten Formular (Anlage 2 des Schreibens) der Stadtentwässerung mitzuteilen.
Bemerkenswert ist, dass im Merkblatt eine unveränderte Schmutzwassergebühr nur bis 2014 garantiert wird.
Dieses Vorgehen wirft Fragen auf.“

Einer mit Schreiben vom 16.04.2013 beantragten Fristverlängerung bis zum 16.05.2013 wurde dankenswerterweise Ihrerseits stattgegeben.

Bevor wir auf Ihre Fragen im Einzelnen eingehen, möchten wir voranstellen, dass die realisierte Trennung der Abrechnung von Frischwasserentgelten und Schmutzwassergebühren infolge entsprechender Entwicklungen in der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung zum kommunalen Abgabenrecht, insbesondere aus der Fragestellung zur zulässigen Rolle eines (privatrechtlichen) Verwaltungshelfers, erforderlich wurde und nicht vorrangig aufgrund wirtschaftlicher Erwägungen stattfand.

Mit Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats vom 19.05.2010 (Sitzungsvorlage Nr. 08-14/V 04168) wurde dieser Entwicklung in einem ersten Schritt durch eine Anpassung der Entwässerungsabgabensatzung dahin Rechnung getragen, dass der in einigen Satzungsregelungen enthaltene Hinweis auf die Festsetzung von Schmutzwassergebühren durch die Stadtwerke München GmbH (SWM) herausgenommen wurde. Auch der Rechnungsprüfungsausschuss des Stadtrates übernahm anlässlich einer umfassenden Prüfung des Veranlagungsverfahrens durch das Revisionsamt in der Sitzung am 30.11.2010 unter anderem die Empfehlung, „dass die Münchner Stadtentwässerung das Festsetzungs- und Erhebungsverfahren der Schmutzwassergebühren in Eigenregie durchführt, um die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu gewährleisten". Diese Prüfungsfeststellung des Rechnungsprüfungsausschusses wurde in der Vollversammlung des Stadtrates vom 26.01.2011 (Sitzungsvorlage Nr. 08-14/V 05703) bekanntgegeben.

Als unmittelbare Folge der Verfahrensentkopplung wurden mit Beschluss des Stadtentwässerungsausschusses vom 08.05.2012 (Sitzungsvorlage Nr. 08-14/V 09204) und mit endgültigem Beschluss der Vollversammlung am 16.05.2012 weitere Bestimmungen der Entwässerungsabgabensatzung betreffend den neuen Ablauf des Veranlagungsverfahrens angepasst. Zeitlich dem unmittelbar darauf wurde auch der am neuen Verfahrensablauf auszurichtende Dienstleistungsvertrag zwischen der Münchner Stadtentwässerung (MSE) und den SWM vom Stadtentwässerungsausschuss am 10.07.2012 (Sitzungsvorlage Nr. 08-14/V 09303) beschlossen.
Ob der eingangs geschilderten Ausgangslage konnten die daraus resultierenden Unsicherheiten und dadurch entstehende rechtliche Risiken für das Abrechnungsverfahren bei der größten Einnahmequelle der MSE vernünftigerweise nicht einfach hingenommen werden. Zusammenfassend hat sich der Stadtrat der Landeshauptstadt München daher entschieden, bereits jetzt ein zukunftssicheres Verfahren einzurichten, um auch zukünftig eine rechtskonforme Gebührenabrechnung durch die MSE sicherzustellen. Dieser Entscheidung folgend hat die MSE seit 01.10.2012 die Schmutzwassergebührenabrechnung von den SWM zur Eigenregie übernommen.

Dies vorausgeschickt beantworten wir Ihre Fragen wie folgt:

Frage 1:
Inwiefern partizipieren Kunden der SWM und der Stadtentwässerung an möglichen Zusatzkosten oder Kostenersparnissen durch die Trennung der Fakturierung?

Antwort:
Trotz der Trennung der Fakturierung bleiben die schon seit 1999 nicht mehr geänderten Entwässerungsgebühren nach der aktuellen Gebührenkalkulation bis mindestens 2014 konstant. Eine Aussage über die Entwässerungsgebühren für den Zeitraum ab 2015 kann erst nach Erstellung eines entsprechenden Gebührengutachtens gemacht werden. Eine Anpassung der Gebühren sowie des Wasserentgelts aufgrund der Umstellung des Abrechnungsverfahrens der Schmutzwassergebühren ist aber nicht zu erwarten.

Frage 2:
Vor welchen rechtlichen Hintergrund können am Abbuchungsverfahren teilnehmende Kunden mit der Überprüfung der bei der Stadtentwässerung eingegebenen Daten beauftragt und/oder gezwungen werden?

Antwort:
Die einfachste und bequemste Art der Bezahlung der Schmutzwassergebühren ist die Teilnahme am Lastschrifteinzugsverfahren. Dadurch sparen sich die Gebührenzahler den Weg zu ihrem Geldinstitut sowie das Ausfüllen von Überweisungsbelegen und damit Zeit und Kosten. Außerdem wird damit sichergestellt, dass Zahlungen fristgerecht geleistet und somit mögliche gesetzliche Folgekosten (Mahngebühren, Säumniszuschläge, etc.) vermieden werden.

Im Rahmen der Übernahme der Abrechnung der Schmutzwassergebühr von den SWM können aus rechtlichen Gründen, insbesondere auf Grund des Datenschutzes, die den SWM bisher erteilten Einzugsermächtigungen von der Münchner Stadtentwässerung (MSE) **nicht** übernommen werden. Um auch zukünftig am Lastschrifteinzugsverfahren teilnehmen zu können, werden die Kunden daher informiert, dass sie der MSE eine neue Einzugsermächtigung für die zu entrichtenden Entwässerungsgebühren erteilen müssen. Einzugsermächtigungen können der MSE sowohl schriftlich (per Post oder Telefax) als auch mündlich (telefonisch oder persönlich) erteilt werden.

Als Service für die Kunden informierte die MSE über die jeweils im Abrechnungssystem neu erfassten Bankdaten, damit die Kunden die Möglichkeit haben, die Daten auf Richtigkeit zu prüfen und ggf. korrigieren zu lassen. Eine Rückmeldung ist rein freiwillig und erfolgt ohne Zwang, da sie nur der Optimierung einer reibungslosen Abwicklung des zukünftigen Zahlungsverkehrs dient.

Frage 3:
Ist sichergestellt, dass künftig die Abrechnungen der Stadtentwässerung zeitnah abgestimmt mit den Abrechnungen für Frischwasser erstellt werden?

Antwort:
Sowohl an der Bemessungsgrundlage für die Schmutzwassergebühr als auch am zeitlichen Ablauf der Abrechnung von Schmutzwassergebühren hat sich durch die Umstellung der Abrechnungspraxis nichts verändert. Grundlage bleibt weiterhin die dem Grundstück zugeführte Frischwassermenge, die durch die SWM erfasst wird.

Über eine automatisierte Datenschnittstelle zwischen den Abrechnungssystemen der SWM und der MSE werden die zur Abrechnung der Schmutzwassergebühren benötigten Daten unverzüglich nach Rechnungsstellung der SWM bzgl. Frischwasser an die MSE übergeben. Nach Erhalt der Daten werden die Schmutzwassergebühren durch die MSE festgesetzt.
Der Kunde erhält innerhalb weniger Tage nach Zusendung der Frischwasserabrechnung durch die SWM auch den Schmutzwassergebührenbescheid durch die MSE.

Frage 4:
Ist geplant, bei einer möglichen Rekommunalisierung der Frischwasserversorgung die Fakturierung für Frischwasser und Abwasser wieder zusammenzufassen?

Antwort:
Das RAW hat uns Folgendes mitgeteilt:
Aus dem dem Stadtrat am 16.04.2013 vorgelegten Beschluss zur Zukunft der Münchner Wasserversorgung (SV-Nr.: 08-14/V 11520) geht hervor, dass zur Zeit noch über die Beibehaltung der jetzt gültigen Regelungen, die eine Vergabe der Wasserversorgung an ein kommunales Unternehmen ohne Ausschreibung ermöglicht, verhandelt wird. Eine Abstimmung über den endgültigen Richtlinienentwurf soll im September 2013 im Europäischen Parlament erfolgen.

Aus diesem Grund stellt sich zur Zeit die Frage der Rekommunalisierung der Frischwasserversorgung und daraus sich ergebende mögliche Konsequenzen, z.B. die Zusammenfassung der Fakturierung für Frischwasser und Abwasser, nicht.

Sollte sich nach Abschluss der Verhandlungen Handlungsbedarf für die Stadt München ergeben, wäre in diesem Zusammenhang auch Ihre Frage, ob bei einer möglichen Rekommunalisierung der Frischwasserversorgung die Fakturierung für Frischwasser und Abwasser wieder zusammengefasst wird, zu prüfen.

Die Stadtwerke als Opfer des Stahlkartells: Geld zurück!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 8.1.2013

Antwort Referat für Arbeit und Wirtschaft:

Sie haben mit o.g. Antrag beantragt:
„Dem Stadtrat wird dargestellt,
- *in welchem Umfang die Stadtwerke München (SWM) bei welchen getätigten Bauprojekten der letzten Jahrzehnte von einem jüngst aufgeflogenen Stahlkartell durch überhöhte Lieferpreise geschädigt wurden;*
- *was von den SWM unternommen wird, um zuviel gezahlte Gelder wieder zurückzuerhalten, und*
- *wann mit welchen Erfolgen gerechnet werden kann."*

Die zuständige Stadtwerke München GmbH (SWM) hat der Intention des Antrages entsprechend zu den von Ihnen gestellten Fragen Stellung genommen. Ihr Einverständnis vorausgesetzt, teile ich Ihnen auf diesem Wege zu Ihrem Antrag Folgendes mit:

Frage 1:
In welchem Umfang wurden die SWM bei welchen getätigten Bauprojekten der letzten Jahrzehnte durch überhöhte Lieferpreise geschädigt?

Antwort der SWM:
Da es sich hierbei um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse handelt, können die SWM keine weiteren Auskünfte geben.

Frage 2:
Was wird von den SWM unternommen, um zuviel gezahlte Gelder wieder zurückzuerhalten?

Antwort der SWM:
Die SWM werden den rechtlich Erfolg versprechenden Weg einschlagen.

Frage 3:
Wann kann mit welchen Erfolgen gerechnet werden?

Antwort der SWM:
Da dies von externen Umständen abhängt, kann über den Zeithorizont momentan keine Aussage getroffen werden.

Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Container an Schulen und Kindergärten – ein Gesundheitsrisiko?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 17.1.2013

Antwort Referat für Bildung und Sport:

Herr Oberbürgermeister Ude hat das Referat für Bildung und Sport mit der Beantwortung Ihrer Anfrage vom 17.01.2013 beauftragt.

In Ihrer Anfrage verweisen Sie, so wörtlich, auf *„einen Bericht in der Süddeutschen Zeitung, demzufolge an der Grund- und Mittelschule Vaterstetten wegen stark überhöhter Schadstoffwerte seit Monaten vier behelfsmäßig aufgestellte Containerräume nicht für den Unterrichtsbetrieb genutzt werden. Schüler und Lehrer, die sich zunächst in den Containereinheiten aufhielten, klagten über Kopfschmerzen (Quelle: http://sz.de/1.1575054). Auch in Höhenkirchen-Siegertsbrunn ergaben erst vor wenigen Monaten Messungen in Container-Klassenzimmern erhöhte Werte krebserregender Chemikalien. Der Leiter des Gesundheitsamtes München Land, Gerhard Schmid, wird mit den Worten zitiert: ‚Es besteht Handlungsbedarf.' – Fragen nach der Situation in der LHM stellen sich."*
Sie stellten die nachfolgenden Frage nach der Situation in der Landeshauptstadt München.

Frage 1:
Wie viele Containereinheiten sind derzeit (bitte möglichst aktuellen Stand angeben!) an Münchner Schulen und Kindergärten insgesamt im Einsatz?

Antwort:
Derzeit sind an 23 Standorten des Referates für Bildung und Sport Containeranlagen in Betrieb.
Bis zum Schuljahresbeginn 2013/14 werden an 4 weiteren Standorten Containeranlagen aufgestellt.

Frage 2:
In welchem Umfang gab es in den letzten Jahren ggf. auch an Münchner Schulen und Kindergärten Klagen über gesundheitliche Beschwerden infolge des Aufenthalts in Containern?

Antwort:
Klagen über gesundheitliche Probleme hinsichtlich des Aufenthaltes in Containeranlagen liegen dem Referat für Bildung und Sport nicht vor. Containeranlagen werden seitens der Stadt München generell erst nach einer

entsprechenden Messung zur Nutzung freigegeben (siehe hierzu auch Antwort zu Frage 3).

Frage 3:
Durch welche Maßnahmen stellt die LHM sicher, dass an Münchner Schulen und Kindergärten keine Container zum Einsatz kommen, von denen gesundheitliche Risiken ausgehen?
Werden ggf. Routinemessungen durchgeführt?

Antwort:
Containeranlagen durchlaufen ein formelles Ausschreibungsverfahren, in dessen Zuge auf die strikte Einhaltung der städtischen Standards, u.a. was die gesundheitlichen Belange angeht, größter Wert gelegt wird. Dies wird ständig kontrolliert.
Eine Freigabe der Container zur Nutzung an die jeweiligen Einrichtungen erfolgt in allen Fällen erst nach Vorlage entsprechender Freimessungsgutachten externer Büros. Diese Gutachten werden zudem auch vom Referat für Gesundheit und Umwelt eingehend ausgewertet. Diese Vorgehensweise gilt nicht nur für Containeranlagen sondern auch für sämtliche sonstigen Bauwerke. Maßgebend für eine Freigabe ist die Einhaltung entsprechender Richtwerte.

Frage 4:
In welchem Umfang mussten in München ggf. Container ausgetauscht werden?

Antwort:
Es mussten keine Container ausgetauscht werden.

Wir gehen davon aus, dass damit Ihre Anfrage erledigt ist.

Gewerbeanmeldungen durch Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 28.2.2013

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Mit Schreiben vom 28.02.2013 richteten Sie die im Betreff genannte Anfrage an den Herrn Oberbürgermeister und führten hierzu als Begründung aus:

„Im Dezember 2012 berichtete der Berliner ‚Tagesspiegel' mit Blick auf *die steigende Zuwanderung von Sinti und Roma aus Bulgarien und Rumänien: ‚Neukölln verzeichnet inzwischen 3000 Gewerbeanmeldungen von Rumänen und Bulgaren. Nur als Gewerbetreibende dürfen sie bleiben und Sozialleistungen beantragen. Der ‚Spiegel' (..) bezeichnet das ‚als Einwanderung in den deutschen Sozialstaat' (Quelle: http://www.tagesspiegel.de/berlin/integration-ein-vorbildliches-zuhause/7557886.html*).

Neben Berlin, Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen ist auch Bayern längst bevorzugtes Wanderungsziel sogenannter ‚Armutszuwanderer' aus dem europäischen Südosten, bei denen es sich in der Regel um Angehörige der Sinti- und Roma-Minderheit handelt. – Es stellen sich Fragen nach der Entwicklung in der Landeshauptsstadt München."

Herr Oberbürgermeister Ude hat das Kreisverwaltungsreferat mit der Beantwortung Ihrer Anfrage beauftragt. Ihre Fragen werden in inhaltlicher Abstimmung mit dem OB wie folgt beantwortet:

Frage 1:
Inwieweit ist auch in der LHM eine Zunahme von Gewerbemeldungen durch Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien zu beobachten? Bitte, falls erfasst, Zahlen für 2011 und 2012 angeben!

Antwort:
Im Gesamten betrachtet sind die Gewerbemeldungen in den Jahren 2011 und 2012 rückläufig. Da im Gewerberegister kein entsprechendes Auswertungsverfahren vorgesehen ist, liegen keine Zahlen für Gewerbetreibende aus Rumänien und Bulgarien vor.

Frage 2:
Welche Gewerbe werden nach Kenntnis des KVR bevorzugt angemeldet?

Antwort:
Auch hierzu gibt es kein entsprechendes Auswertungsverfahren zwischen Staatsangehörigkeit und Tätigkeit. Nach Erfahrungswerten der Gewerbebehörde liegen die Schwerpunkte im Handwerksrecht, insbesondere im Baugewerbe. Außerdem werden sogenannte „Hausmeisterdienste", die regelmäßig nicht in die Handwerksrolle eingetragen sind, jedoch handwerkliche Arbeiten erbringen, bevorzugt.

Frage 3:
Wie viele der Neu-Gewerbetreibenden aus Rumänien und Bulgarien beantragen zusätzliche Hartz IV-Leistungen?

Antwort:
Laut Sozialreferat sind Zahlen nicht bekannt.

Nachgefragt: Gewerbeanmeldungen in München und „Sozialtourismus“
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 12.3.2013

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Mit Schreiben vom 12.03.2012 richteten Sie die im Betreff genannte Anfrage an den Herrn Oberbürgermeister und führten hierzu als Begründung aus:

„Nicht nur die BIA im Münchner Stadtrat (vgl. Anfrage vom 28.02.2013), sondern auch der frühere Münchner Kreisverwaltungsreferent und heutige Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Unions-Arbeitsgruppe ‚Inneres' im Bundestag, Hans-Peter Uhl (CSU), hat missbräuchliche Gewerbeanmeldungen durch vorgebliche ‚Armutszuwanderer' aus Rumänien und Bulgarien als Problem erkannt. In einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk vom 11.03.2013 mahnte er die Mitwirkungspflicht der Kommunen bei der Aufdeckung von Missbrauch an und erklärte: ‚(...) die Kommunen müssen auch einen Beitrag leisten. Es gibt die Möglichkeit, besser zu kontrollieren. Wir haben es ja häufig mit sogenannten Scheinselbständigkeiten zu tun. (…) Diesen Missbrauch muss man aufdecken, das können nur die Kommunen durch energische Kontrolle: sind diejenigen, die kommen, krankenversichert, haben sie wirklich einen Arbeitsplatz, hat der Selbständige tatsächlich eine Chance, oder ist er nur zum Schein selbständig gemeldet [?]. Das sind alles Dinge, wo die Kommunen in der Pflicht sind.' – Es stellen sich Fragen.“

Herr Oberbürgermeister Ude hat das Kreisverwaltungsreferat mit der Beantwortung Ihrer Anfrage beauftragt. Ihre Fragen werden in inhaltlicher Abstimmung mit dem Oberbürgermeister wie folgt beantwortet:

Frage 1:
In welcher Weise und wie intensiv überprüft das KVR Gewerbeanmeldungen durch Ausländer auf eine mögliche Scheinselbständigkeit hin? Wie viele Gewerbeanmeldungen wurden 2011 und 2012 in München durch Ausländer vorgenommen? In wie vielen Fällen prüfte das KVR eine mögliche Scheinselbständigkeit?

Antwort:
Die Problematik der Scheinselbständigkeit besteht nicht nur bei ausländischen, sondern auch bei deutschen Gewerbetreibenden.

Die Gewerbebehörde des Kreisverwaltungsreferates ist nach § 15 Abs. 1 Gewerbeordnung verpflichtet, die eingehenden Gewerbeanzeigen zu bestätigen.
Bei der großen Anzahl von insgesamt etwa 24.000 Gewerbeanmeldungen pro Jahr in München und aufgrund fehlender rechtlicher Grundlagen in der Gewerbeordnung sind umfassende Überprüfungen auf Vorliegen von Scheinselbständigkeit grundsätzlich nicht möglich. Bei begründetem Verdacht kann im Einzelfall das Hauptzollamt, Finanzkontrolle Schwarzarbeit, eingebunden werden.
Dem Kreisverwaltungsreferat liegen keine Zahlen vor, wie viele Mitbürgerinnen und Mitbürger mit ausländischer Staatsangehörigkeit in den Jahren 2011 und 2012 ein Gewerbe angemeldet haben, da im Gewerberegister kein entsprechendes Auswertungsverfahren vorgesehen ist. Zahlen liegen nur hinsichtlich des Bestandes vor. Danach besitzen insgesamt etwa 26% aller derzeit gemeldeten Gewerbetreibenden nicht die deutsche Staatsangehörigkeit.

Frage 2:
In welcher Weise und wie intensiv überprüft das KVR das Vorhandensein einer Krankenversicherung bei ausländischen Neuanmeldungen eines Gewerbes? Wie viele Fälle wurden 2011 und 2012 daraufhin überprüft? In wie vielen Fällen wurde eine fehlende Krankenversicherung festgestellt? Mit welchen Konsequenzen für die Gewerbeanmelder?

Antwort:
Bei der Gewerbeanmeldung ist der Nachweis einer Krankenversicherung nicht vorgeschrieben und kann daher von der Gewerbebehörde auch nicht eingefordert werden.

Grenzen des Sozialhilfemissbrauchs – wie konsequent handelt die Stadt?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.5.2013

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer Anfrage vom 02.05.2013 führen Sie Folgendes aus:

„In der dieser Tage veröffentlichten Beschlußvorlage des Kreisverwaltungsreferats zum Antrag der BIA ‚Wo der Innenminister recht hat: Visafreiheit auch für Bulgaren aufheben!' (Antr. Nr. 08-14 / A 03724 vom 17.10.2012) wird die Ablehnung des Antrags unter anderem wie folgt begründet: ‚Dem in den Begründung [des BIA-Antrags; KR] beklagten Sozialhilfemissbrauch sind durch entsprechende Regelungen in den Sozialgesetzen Grenzen gesetzt.' – Hier ergeben sich Fragen."

Zu Ihrer Anfrage vom 02.05.2013 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Wie sehen – ganz kursorisch dargestellt – die dem Sozialmissbrauch durch die „Regelungen in den Sozialgesetzen" gezogenen Grenzen aus? Wie sehen diese „Grenzen" insbesondere nach dem – inzwischen umgesetzten – Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18.07.2012 aus, wonach Flüchtlingen und Asylbewerbern erhöhte Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zustehen, die sich auf 336 Euro monatlich im Regelfall belaufen?

Antwort:
Ausgeschlossen von Leistungen nach dem SGB II sind Ausländerinnen und Ausländer (auch EU-Bürgerinnen und -Bürger) sowie deren Familienangehörigen während der ersten drei Monate nach Einreise. Ab dem vierten Monat besteht kein Anspruch für die o.g. Personengruppe, wenn sich der Aufenthalt alleine aus dem Zweck der Arbeitsuche ergibt. Von diesem Leistungsausschlussgrund sind auch die Familienangehörigen betroffen. Besitzt eine Unionsbürgerin oder ein Unionsbürger bei Antragstellung nachweislich bereits einen Arbeitsvertrag, dann zählt sie bzw. er als Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer und hat Anspruch auf SGB II-Leistungen. Ausgeschlossen von Leistungen nach dem SGB XII sind Ausländerinnen und Ausländer, die eingereist sind, um Sozialhilfe zu erlangen oder deren

Aufenthaltsrecht sich allein aus dem Zweck der Arbeitssuche ergibt. Ebenso haben ihre Familienangehörigen keinen Anspruch auf Leistungen.

Unabweisbar gebotene Leistungen können gewährt werden. Welche Leistungen unabweisbar geboten sind, hängt jeweils von den konkreten Umständen im Einzelfall ab. Bei EU-Ausländerinnen und -Ausländern werden die unabweisbar gebotenen Leistungen in der Übernahme der Kosten für die Rückreise zum nächstmöglichen Termin sowie der Aufwendungen für den bis dahin notwendigen Aufenthalt bestehen. Zum unabweisbar gebotenen Bedarf können im Einzelfall auch die Kosten für eine ärztliche Behandlung zählen.

Gemäß § 1a Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhalten Leistungsberechtigte nach § 1 Abs. 1 Nr. 4 und 5 AsylbLG, die sich in den Geltungsbereich dieses Gesetzes begeben, nur um hier Leistungen nach dem AsylbLG zu erlangen, lediglich reduzierte Leistungen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18.07.2012 hat auf diese Regelung keine Auswirkungen.

Frage 2:
In wie vielen Fällen a) 2010, b) 2011, c) 2012 versagte die Stadt städtische Sozialleistungen, insbesondere Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, wegen Verdachts auf oder erwiesenen Sozialhilfemissbrauchs?

Antwort:
Es liegen keine Zahlen über die Entziehung von Leistungen nach dem SGB II bzw. SGB XII und dem AsylbLG aufgrund des Verdachts auf oder erwiesenem Sozialhilfemissbrauch vor.

Das Informationsrecht nach § 68 der GeschO beschränkt sich auf Auskünfte, die abrufbar sind, d.h. die sich auf bei den Referaten bereits vorhandene, leicht ermittelbare Informationen beziehen. Ein Anspruch auf Erhebungen, die die Verwaltung erst durchführen muss, besteht nicht.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 6. Juni 2013

Städtische Empfänge für Personal im Erziehungsdienst und für Pflegekräfte
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Ingrid Anker, Oliver Belik, Verena Dietl, Christiane Hacker, Christian Müller, Alexander Reissl, Regina Salzmann, Birgit Volk, Beatrix Zurek (SPD) und Stadträtinnen Anja Berger, Jutta Koller, Sabine Krieger (Bündnis 90/Die Grünen)

Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Reinhard Bauer, Verena Dietl, Yasar Fincan, Constantinos Gianacacos, Andreas Lotte, Christian Müller, Dr. Constanze Söllner-Schaar und Birgit Volk (SPD)

RBS/ZIB Zentrum für Informationstechnologie im Bildungsbereich (1) Unterstützungsmanagement oder jahrelanger Hemmschuh Versagt das RBS/ZIB bei der Betreuung von Münchner Schulen?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt, Dr. Manuela Olhausen, Georg Schlagbauer und Mechthilde Wittmann (CSU)

RBS/ZIB Zentrum für Informationstechnologie im Bildungsbereich (2) Warum setzt ZIB technische Umstellungen trotz Hinweisen auf Prüfungstermine um und gefährdet damit u.a. die Durchführung der Prüfungen an der Riemerschmidt-Wirtschaftsschule?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt, Georg Schlagbauer und Mechthilde Wittmann (CSU)

RBS/ZIB Zentrum für Informationstechnologie im Bildungsbereich (3) Probleme bei der Einführung von M@school
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt, Georg Schlagbauer und Mechthilde Wittmann (CSU)

Umorganisation des Fachbereichs RBS/ZIB Zentrum für Informationstechnologie im Bildungsbereich (4)
Antrag Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt, Georg Schlagbauer und Mechthilde Wittmann (CSU)

Neubau/Sanierungsvarianten zu den Gebäuden Müllerstraße 2 - 6
Antrag Stadtrats-Mitglieder Herbert Danner, Gülseren Demirel und Sabine Nallinger (Bündnis 90/Die Grünen)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Dr. Florian Roth; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Glück kann man lernen
Antrag Stadträtin Sabine Krieger (Bündnis 90/Die Grünen)

Kita-Förderung vom Freistaat kommt den Eltern zugute
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP)

SPD - Stadtratsfraktion **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rosa liste**

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Alexander Reissl
Birgit Volk
Beatrix Zurek
Dr. Ingrid Anker
Oliver Belik
Verena Dietl
Christiane Hacker
Christian Müller
Regina Salzmann

Stadtratsmitglieder

Anja Berger
Jutta Koller
Sabine Krieger

Stadtratsmitglieder

06.06.2013

Städtische Empfänge für Personal im Erziehungsdienst und für Pflegekräfte

Antrag:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, als Zeichen der Wertschätzung städtische Empfänge für Personal im Erziehungsdienst und für Pflegekräfte zu etablieren. Diese sollten einmal im Jahr stattfinden.

Begründung:

Die Erzieherinnen und Erzieher leisten einen ganz besonderen Beitrag für unsere jüngsten Münchnerinnen und Münchner, für deren Familien und somit für die gesamte Stadtgesellschaft. Nur durch ihr Engagement können so viele Münchner Familien die beiden großen Themen Beruf und Familie vereinbaren.

In einer immer älter werdenden und sich auch in den Familienstrukturen verändernden Gesellschaft ist eine gute Pflege-Infrastruktur unerlässlich. Die Pflegeberufe sind nah am Menschen und für viele ein Traumberuf im sozialen Bereich. Aber sie sind auch mit vielen Anforderungen und Herausforderungen verbunden.

Weil gerade die Berufe im Erziehungs- und Pflegedienst nicht nur eine sehr gute Ausbildung, sondern auch eine sehr große physische wie psychische Belastbarkeit, Flexibilität, Ausgeglichenheit, Einfühlungsvermögen und Empathie erfordern, ist es besonders wichtig, sowohl gegenüber dem Personal im Erziehungsdienst als auch unseren Pflegekräften mit einem jeweiligen städtischen Empfang unsere große Wertschätzung auszudrücken.

gez.

Alexander Reissl
Birgit Volk
Beatrix Zurek
Dr. Ingrid Anker
Oliver Belik

Verena Dietl
Christiane Hacker
Christian Müller
Regina Salzmann

Stadtratsmitglieder

Anja Berger
Jutta Koller
Sabine Krieger

Stadtratsmitglieder

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Christian Müller
Dr. Reinhard Bauer
Verena Dietl
Yasar Fincan

Constantinos Gianacacos
Andreas Lotte
Dr. Constanze Söllner-Schaar
Birgit Volk

Mitglieder der SPD-Stadtratsfraktion

06.06.2013
Stadtratsanfrage_(1)-6.odt

„Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“

Anfrage:

Das Sozialreferat wird gebeten, sich an das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen zu wenden, wie weit die Staatsregierung die Vereinbarung der „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“ der Bundesregierung umgesetzt hat.

Im Einzelnen ergeben sich anhand des Beschlusses folgende zu prüfende Handlungsfelder, soweit sich die Zuständigkeit auf Länderebene befindet:

1. Verstärkte Ausbildungsanstrengungen und bedarfsorientierte Erhöhung der Ausbildungskapazitäten bei Einrichtungen und Schulen und eine angemessene Ausbildungsvergütung
2. Erschließung des Nachqualifizierungspotenzials in der Altenpflege – Aufstiegswege in der Altenpflege optimieren und die Anrechnung von Qualifikationen verbessern
3. Weiterbildungsförderung durch die Agenturen für Arbeit und Jobcenter
4. Die Berufe der Alten-, Gesundheits- und Krankenpflege sollen modern weiterentwickelt und den heutigen Herausforderungen im Berufsfeld angepasst werden.
5. Verbesserte Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen im Pflegebereich
6. Vereinbarkeit von Familie und Beruf / Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung in der Altenpflege
7. Die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften in den ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen sollen verbessert werden und stärkere Entlastung der Pflegekräfte von Bürokratie
8. Gesellschaftliche Bedeutung des Berufsfeldes Altenpflege durch intensive Öffentlichkeitsarbeit fördern
9. Die Umsetzung des Pflege-Neuausrichtungsgesetzes zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Arbeit der Pflegekräfte
10. Ausnutzung der Freizügigkeit zur Personalgewinnung aus dem Ausland

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Begründung:

An der nicht einklagbaren Vereinbarung der „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“ der Bundesregierung haben viele Akteure mitgewirkt (Bundesministerium, Länder, Gewerkschaften, Verbände, Pflegewissenschaften u.a.). Nunmehr ist es wichtig, zu erfahren, wie diese Vereinbarung in Bayern in der Praxis umgesetzt wird:

Bedingt durch die höhere Lebenserwartung wird sich die Zahl der älteren Menschen, die hilfe- und pflegebedürftig sind von heute 2,4 Millionen bis im Jahr 2030 auf über 3,3 Millionen Menschen erhöhen. Diese Prognose stellt den Dienstleistungsbereich Pflege vor große Herausforderungen. Es besteht schon heute ein Mangel an Pflegefachkräften in der Altenpflege, und neben einer Verbesserung der beruflichen Rahmenbedingungen der Pflegekräfte in stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen muss vor allem die Zahl der Auszubildenden erhöht werden.

Auch die Stadt München wird auf Grund ihrer stetig wachsenden Bevölkerung in Zukunft Herausforderungen im Bereich der Altenpflege wirkungsvoll begegnen müssen, so dass es von größter Bedeutung ist, dass die beschlossene Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege vom Freistaat jetzt konsequent umgesetzt wird.

gez.

Christian Müller
Dr. Reinhard Bauer
Verena Dietl
Yasar Fincan
Constantinos Gianacacos
Andreas Lotte
Dr. Constanze Söllner-Schaar
Birgit Volk

Mitglieder der SPD-Stadtratsfraktion

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadträtin Beatrix Burkhardt
Stadträtin Mechthilde Wittmann
Stadträtin Dr. Manuela Olhausen
Stadtrat Georg Schlagbauer

ANFRAGE

06.06.13

RBS/ZIB Zentrum für Informationstechnologie im Bildungsbereich (1)
Unterstützungsmangement oder jahrelanger Hemmschuh
Versagt das RBS/ZIB bei der Betreuung von Münchner Schulen?

München hat in den letzten Jahren viel Geld für die technische Ausstattung von Schulen investiert, um zu garantieren, dass die Schülerinnen und Schüler die bestmöglichsten Voraussetzungen erhalten, um den modernen Anforderungen gerecht zu werden und die Lehrerinnen und Lehrer die Möglichkeit bekommen, ihren Unterricht entsprechend zu gestalten.

Seit Jahren allerdings beklagen sich gerade die erwähnten Zielgruppen immer wieder darüber, dass die Betreuung durch die Abteilung ZIB mangelhaft ist. Sehr häufig wurden Beschwerden darüber geführt, dass sowohl die gekaufte Hard- und Software keineswegs den schulischen Ansprüchen entspricht,dass die Abläufe bei der Umsetzung im schulischen Alltag schwierig bis unmöglich wären und dass der normale schulische Ablauf aufgrund verzögerter Problemlösungen, die sich zum Teil über Schuljahre hinzogen ,nicht mehr gewährleistet sei. Dies ist u.a. auch darauf zurückzuführen, dass sich ständig neues und nur befristetes , nicht städtisches Personal einarbeiten muss, und die Schulen gezwungen sind, ständig erneut die Problematiken zu erklären.

Seitens der betroffenen Abteilung werden aber die konkret geäußerten Probleme abgewiegelt oder als schon gelöst bezeichnet, innovative Überlegungen, werden einfach nicht mitgetragen oder verzögert.

Eine weitere Begründung, nicht auf die Probleme einzugehen war über die letzten beiden Jahre, dass es sich hierbei nur um singuläre Probleme handeln würde .

Der Leidensdruck der betroffenen Schulen ist aber gewaltig. Die im Fragenkatalog enthaltenen Probleme wurden durch den Arbeitskreis der beruflichen Schulleitungen zusammengestellt und spiegeln nur die wichtigsten Probleme wider . Die hier angesprochenen Probleme betreffen aber nicht nur die beruflichen Schulen , sie treten an anderen weiterführenden Schularten ebenso auf.

Wir fragen also:

Welche Maßnahmen wird das RBS, bzw. die Abteilung ZIB ergreifen, um die unten aufgeführten Probleme zu lösen?

1. Das Arbeiten im Unterricht wird massiv beeinträchtigt, da ein Teil der SchülerInnen ohne Vorwarnung von einem Tag zum anderen keinen Zugriff mehr auf Standardprogramme wie Firefox oder Office haben.(20 betroffene Schulen aus dem Bereich F1)
2. Immer wieder kann sich ein Teil der SchülerInnen nicht im System anmelden, Personen „verschwinden“ oder falsche Personen sind plötzlich vorhanden. Bis neue SchülerInnen
einen funktionierenden Zugang bekommen dauert es mehrere Wochen. (17 Schulen)
3. Druckerzuweisungen geraten immer wieder durcheinander, sodass vorhandene Drucker nicht ansteuerbar sind und am Vortag noch vorhandene Zuweisungen von Druckern zu PCs beim neuen Einschalten des PCs nicht mehr vorhanden sind.(19 Schulen)
4. Funktionierende HP-Drucker werden durch neu gelieferte Epsondrucker ersetzt, die aber seit ½ Jahr nur eingeschränkt in Betrieb genommen werden können, da Treiber nicht fehlerfrei funktionieren.(11 Schulen)
5. Ersatzkartuschen für die neuen Farbdrucker (Epson) enthalten sehr viel weniger Toner als die bisher verwendeten von HP und sind extrem teuer (ca. 4x so hohe Druckkosten!).(16 Schulen)
6. Fehlermeldungen (Tickets) werden als erledigt geschlossen, obwohl Fehler noch vorhanden (mit dem Hinweis: soll „AWB vor Ort lösen“ oder „noch keine Lösungsroutine vorhanden“…).Keine Möglichkeit mit dem zuständigen Bearbeiter das Problem zu klären, da man nie erfährt, wer das Ticket bearbeitet.(14 Schulen)
7. Branchensoftware ist im päd. Netz nicht lauffähig. Keine Unterstützung (da Einzelproblem“)
oder jahrelanges Warten.Eine Problemlösung (Labornetz) bleibt der Schule überlassen.(6 Schulen)
8. Den Usern müssen immer wieder neu die Rechte zum Arbeiten am PC von Hand zugewiesen werden (Speicherplatz, USBStick, Internet) da die Grundeinstellungen (Default für Münchens Berufsschulen) nicht automatisch eingespielt werden oder über Nacht auf den Wert 0 zurückgesetzt werden (mit einem Speicherplatz von 0 MB kann kein Dokument bearbeitet oder gespeichert werden!). (10 Schulen)
9. Bereits funktionierende Software wird durch zentrales Einspielen von updates für Wochen lahmgelegt. (4 Schulen)
10. Geänderte oder neue Funktionen werden ohne Vorankündigung eingespielt: Seit einigen Wochen ist z.B. eine automatische Zeitsperrung für Benutzer aktiviert, die dazu führt, dass PCs während einer Präsentation oder Filmsequenz oder nach einer Pause nicht mehr bedient werden können. (5 Schulen)

Beatrix Burkhardt, Stadträtin

Mechthilde Wittmann, Stadträtin

Dr. Manuela Olhausen, Stadträtin

Georg Schlagbauer, Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadträtin Beatrix Burkhardt
Stadträtin Mechthilde Wittmann
Stadtrat Georg Schlagbauer
ANFRAGE
06.06.13

RBS/ZIB Zentrum für Informationstechnologie im Bildungsbereich (2)
Warum setzt ZIB technische Umstellungen trotz Hinweisen auf Prüfungstermine um und gefährdet damit u.a. die Durchführung der Prüfungen an der Riemerschmidt - Wirtschaftsschule?

Durch eine Mitteilung der Abteilung ZIB wurden Münchner Schulen darüber informiert, dass die Bürosoftware OpenOffice.org an durch die Abteilung festgesetzten Terminen durch die neue Software LibreOffice ersetzt werden soll. Dieser Vorgang wurde von ZIB trotz Bitten aus den betroffenen Schulen an diesem Termin durchgeführt, obwohl darauf hingewiesen wurde, dass sich die Schulen zur Zeit in Prüfungsvorbereitungen befinden.
Jetzt räumt das RBS/ZIB in einem weiteren Schreiben ein, dass in *„der aktuell bestehenden Phase Probleme beim Speichern von Dateien ("schreibender Zugriff auf das Laufwerk R:")“* aufgetreten sind.*“.Bei den bereits stattgefundenen Rollouts (F1-F3) kam es aufgrund von fehlerhaften Jobketten für die Anpassung der Datenbankeinträge teilweise zu einem unvollständigen Ausrollen von LibreOffice bzw. einem fehlerhaften Entzug von OpenOffice.org „*
Bei vielen Schulen traten Datenverluste auf. Besonders betroffen ist die Riemerschmidt - Wirtschaftsschule, die demnächst die staatliche Prüfung für Textverarbeitung durchführen wird und bei Fortbestehen des Fehlers diese absagen muss.

Wir fragen deshalb:

1. Können die Prüfungen an der Riemerschmidt-Wirtschaftsschule termingerecht durchgeführt werden?
2. Warum reagiert ZIB nicht auf Hinweise der Schulen, dass sich, diese, wie allgemein bekannt sein dürfte, gerade im Frühjahr/Frühsommer in Prüfungen befinden (Abitur, Mittlere Reife, Hauptschulabschlüsse) und diese Zeit besonders problematisch ist, wenn Unterlagen und Dokumente gelöscht oder ganz vernichtet werden?
3. Warum wurde der vorgeschlagene Umsetzungstermin in den Pfingstferien nicht wahrgenommen, bei dem man genug Zeit gehabt hätte, mit auftretenden Problemen umzugehen?

Beatrix Burkhardt,Stadträtin Mechthilde Wittmann, Stadträtin

Georg Schlagbauer, Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadträtin Beatrix Burkhardt
Stadträtin Mechthilde Wittmann
Stadtrat Georg Schlagbauer

ANFRAGE

06.06.13

RBS/ZIB Zentrum für Informationstechnologie im Bildungsbereich (3)
Probleme bei der Einführung von M@school

Nach einer dreijährigen Pilotphase an zahlreichen Schulen mit entsprechenden Fortbildungen (u.a. für alle Anwenderbetreuer/innen) und den dazu notwendigen technischen Umstellungen sollte zum Beginn des Schuljahrs 2013/14 das System der Virtuellen Hefte auf das neue Verfahren M@school (fronter) umgestellt werden. Das alte Verfahren wird von ZIB nicht mehr unterstützt und entspricht deshalb nicht mehr den Anforderungen an die Datensicherheit.
Zahlreiche Schulen haben sich an diesem Projekt beteiligt und ihre Arbeitsweise entsprechend umgestellt.Die im Internet angebotenen Unterrichtsmaterialien wurden entsprechend mit großem Arbeitsaufwand umgearbeitet und ins Netz gestellt. Zahlreiche Fortbildungen für die Lehrerinnen und Lehrer haben stattgefunden. Jetzt kurz vor Ende der Versuchsphase und der geplanten flächendeckenden Einführung wurde vom Referatspersonalrat Einspruch erhoben, da er von Seiten von ZIB weder in das Verfahren eingebunden wurde noch seine seit langem bekannten Nachfragen beantwortet wurden. Dies kann im worst case dazu führen, dass zum 30.6. eine Deaktivierung der Computer erfolgen muss.
Wir fragen daher:

1. Wie viele Fortbildungen mit wie vielen TeilnehmerInnen haben bereits stattgefunden?
2. Welche Kosten (auch für die technischen Umsetzungen)sind bis jetzt für dieses Projekt entstanden
3. Warum wurde der Referatspersonalrat von Seiten ZIB nicht in den Verfahrens-ablauf eingeschaltet?
4. Wie sieht der zeitliche Ablauf jetzt aus, um eine Deaktivierung des Zugangs für die bereits jetzt freigeschalteten Schulen zu vermeiden?
5. Warum wurde die Freigabe des Jugendschutzfilters M@school von ZIB ebenfalls noch nicht zeitlich terminiert?
6. Welche Alternativen hat ZIB für den Fall der Nichtfreigabe vorgesehen, die die gleiche Datensicherheit wie M@school garantieren und die die entsprechenden pädagogischen Nutzungsmöglichkeiten enthalten?
7. Warum ist erst **nach 3 Jahren** ersichtlich, dass das Verfahren **M@school media** nicht umgesetzt werden kann, weil das System Bmod nicht in das von T-Systems gemanagte Münchner Schulnetz M@school integriert werden kann.?

Beatrix Burkhardt,Stadträtin

Mechthilde Wittmann, Stadträtin

Georg Schlagbauer, Stadtrat

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadträtin Beatrix Burkhardt
Stadträtin Mechthilde Wittmann
Stadtrat Georg Schlagbauer

ANTRAG

06.06.13

Umorganisation des Fachbereichs RBS/ZIB Zentrum für Informationstechnologie im Bildungsbereich (4)

Es gibt eine aufwändige Orga- Untersuchung des RBS, wobei allerdings zwei Fachbereiche ausgeschlossen sind. Für den Bereich ZIM gibt es eine eigene Untersuchung, die Abteilung ZIB ist allerdings aus völlig unverständlichen Gründen von dieser Untersuchung ausgenommen, obwohl gerade hier die größten Schwierigkeiten mit den entsprechenden Nutzern und Schnittstellen bestehen.Eine Untersuchung der Organisationsstruktur wird seit Jahren gefordert ,bisher ist aber nichts geschehen.Es hätte sich also konsequenterweise angeboten, eine Fehleranalyse bzw.. Schwachstellenanalyse für ZIB durchzuführen und für eine rasche Lösung der Probleme zu sorgen Jetzt ist dringender Handlungsbedarf gegeben, um zumindest für das nächste Schuljahr entscheidende Verbesserungen zu ermöglichen.

Wir beantragen deshalb:

Dem Stadtrat wird dargestellt, welche Möglichkeiten es gibt, die Fachabteilung ZIB so um zu organisieren oder Bereiche auszugliedern, dass eine zeitnahe und auf die Nutzerbedürfnisse von Schulen, Kindertageseinrichtungen, Horten zugeschnittene Zusammenarbeit ermöglicht wird,

Begründung:

Zahlreiche Einrichtungen beklagen seit Jahren die schleppende Zusammenarbeit mit der Abteilung ZIB. Neue Modelle oder innovative Vorschlage werden nicht umgesetzt oder gezielt verzögert.
Anstatt die notwendigen Stellen auszuschreiben behilft die die Abteilung sich mit befristeten Arbeitsverhältnissen externer Mitarbeiter, was keineswegs eine Lösung der Probleme darstellt, sondern im Gegenteil neue finanzielle Mittel erfordert

Beatrix Burkhardt, Stadträtin

Mechthilde Wittmann, Stadträtin

Georg Schlagbauer, Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 06.06.2013

Neubau/Sanierungsvarianten zu den Gebäuden Müllerstraße 2 – 6

Antrag:

Die Verwaltung (Federführung Kommunalreferat) verfolgt von den zuletzt beabsichtigten 7 Untersuchungsvarianten nur mehr Varianten weiter, die Erhalt und Sanierung der Müllerstraße 6 zur Grundlage haben und auf einen Abriss dieses Gebäudes verzichten.

Begründung:

Die uns bislang vorliegenden (privaten) baufachlichen Untersuchungsergebnisse sowie die Eindrücke verschiedener Ortstermine ergaben, dass das Gebäude Müllerstraße 6 eine gut erhaltene, wenngleich energetisch sanierungsbedürftige, Bausubstanz hat. Es ist mit größtmöglicher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass eine Sanierung erheblich kostengünstiger durchgeführt werden kann als ein vergleichbarer Neubau an dieser Stelle, und damit eine wesentliche Voraussetzung zum Erhalt kostengünstiger Mietwohnungen im Gärtnerplatzviertel vorliegt.

Es zeichnet sich auf politischer Ebene ein Konsens ab, der den Erhalt der Müllerstraße 6 zum Ziel hat. Dadurch ergeben sich keine nachvollziehbaren Gründe mehr, kosten- und zeitintensive Abbruch-Varianten zu prüfen.

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:
Herbert Danner
Sabine Nallinger
Guelseren Demirel
Mitglieder des Stadtrates

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 06.06.2013

Antrag

Glück kann man lernen

Die Landeshauptstadt München

1. führt an den städtischen Schulen das „Schulfach Glück“ ein
2. bietet am Pädagogischen Institut Fortbildungen für das „Schulfach Glück“ an.

Begründung:
2007 startete Ernst Fritz-Schubert als Oberstudiendirektor an der Willy-Hellpach-Schule in Heidelberg ein interessantes Projekt. Er entwickelte mit einem Kompetenzteam das "Schulfach Glück". Aufgabe des Schulfaches Glück ist es, Lebenskompetenz, Lebensfreude und Persönlichkeitsentwicklung zu fördern und diese auch im Schulalltag zu realisieren.

Es geht darum Kindern und Jugendlichen zu helfen, ihre eigenen, familiären und kulturellen Stärken zu entdecken. Sie zu unterstützen, einen Sinn im Leben und im Lernen zu entdecken, Ziele zu formulieren und ihren Platz in der Gemeinschaft herauszufinden. Erst wenn sie sich selbstverantwortlich bestimmen und den Erfolg ihrer Bemühungen verspüren, sind die notwendigen Voraussetzungen für lebenslanges Lernen geschaffen.

Dies war 2007 der Grund das schulische Leitziel „physische und psychische Gesundheit für Lehrer und Schüler“ durch die Einführung eines neuen Faches außerhalb des traditionellen Fächerkanons umzusetzen. Das neue Schulfach heißt „Glück“, weil der Wortursprung „gelungen“ auf die Voraussetzungen für ein gelingendes Leben verweist. Neben dem Aspekt der puren Lebenskompetenz, also sein Leben zu bewältigen, soll es vor allem auch Lebensfreude beinhalten, die schließlich nicht nur die Voraussetzung für das erfolgreiche Lernen ist, sondern auf lange Sicht auch der seelischen und körperlichen Gesundheit.

Seit 2007 ist viel passiert. 2010 wurde das Schulfach Glück bereits in über 100 Schulen Deutschlands und Österreichs in nahezu allen Schularten und Altersstufen unterrichtet.

Das gemeinnützige Fritz-Schubert-Institut www.fritz-schubert-institut.de bietet inzwischen Ausbildungen und Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer an. Am Münchner Zentrum für Lehrerbildung der LMU kann zudem seit diesem Jahr von Studierenden eine Weiterbildung im Schulfach Glück belegt werden.

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Diese Studentinnen und Studenten bekommen dann die Möglichkeit an Münchner Mittelschulen das Fach Glück an Münchner Mittelschulen zu unterrichten. Ein Projekt, das bestimmt auch an den städtischen Realschulen, Gymnasien und Berufsschulen gut ankommt!

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:
Sabine Krieger
Mitglied des Stadtrates

FDP-Fraktion im Münchner Stadtrat | Rathaus | 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

06.06.2013

Antrag Nr.:
Kita-Förderung vom Freistaat kommt den Eltern zugute

Der Stadtrat möge beschließen:
Die durch die Förderung des Freistaats Bayern für die Kindergartenbeiträge erlangten Mittel für das letzte Kindergartenjahr von 50 Euro pro Kind ab Kindergartenjahr 2012/13 und nochmals 50 Euro pro Kind ab Kindergartenjahr 2013/14 und zusätzlich ab Kindergartenjahr 2014/15 für Kinder des vorletzten Kindergartenjahres sollen vollständig den Eltern zugutekommen.
Diese Mittel werden nicht mit der bisherigen Förderung der Stadt für sozial Schwache zugunsten des städtischen Haushalts verrechnet. D.h. die ersparten Mittel der Stadt sollen nicht in den allgemeinen Haushalt fließen, sondern dafür verwendet werden, dass der Kindergartenbesuch für mindestens 6 Stunden am Tag im letzten Kindergartenjahr für alle Eltern kostenlos ermöglicht wird. Sollten ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, sollte auch der Besuch für 8 Stunden am Tag kostenlos sein.
Die Mittel, die ab Kindergartenjahr 2014/15 für das vorletzte Kindergartenjahr vom Freistaat gewährt werden, sollen ebenfalls vollständig den Eltern zugutekommen Die bisherige Gehaltsstaffelung soll entsprechend überarbeitet werden.

Begründung:
Ziel der Politik des Freistaats Bayern ist es, den Besuch des Kindergartens im letzten Jahr vor der Schule für alle Eltern kostenlos zu ermöglichen. Was auch in weiten Teilen des Landes der Fall ist. Nun liegen jedoch die Gebühren in München über den bezuschussten 100 Euro pro Kind, so dass viele Eltern immer noch - zwar einen deutlich verringerten Beitrag - zahlen müssen.
Die Stadt hatte bislang Eltern bis zu einem Einkommen bis 15.000 Euro (http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Referat-fuer-Bildung-und-Sport/Kindertageseinrichtungen/gebueren-buchungszeiten.html) vollständig von den Kindergartenbeiträgen befreit und von anderen Eltern weniger als 100 Euro pro Kindergartenplatz verlangt.
Durch die Erstattung des Beitrags durch den Freistaat erspart sich die Stadt in Millionenhöhe die bisherige Bezuschussung. Die FDP ist davon überzeugt, dass die Stadt München jetzt nicht ihre Förderung einfach zurückfahren und das Geld des Freistaats einfach in den allgemeinen Haushalt einfließen lassen soll. Durch die ersparten Mittel könnten alle Eltern von einem kostenlosen letzten Kindergartenjahr auch in München profitieren.

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Dr. Jörg Hoffmann
Stadtrat

Gez.
Christa Stock
Stadträtin

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 6. Juni 2013

SWM verleihen Hochschulförderpreis M-Regeneratio 2012
Pressemitteilung SWM

Fahrzeugausfälle bei der U-Bahn
Pressemitteilung MVG

Vandalismus kostet 2012 fast 1,9 Millionen Euro
Pressemitteilung MVG

9. und 23. Juni: MVG Museum öffnet wieder; am vierten Juni-Sonntag ist Unimog-Tag
Pressemitteilung MVG

Helsinkistraße 21 - 25: Keine Keimbelastung, keine Legionellen
Pressemitteilung GEWOFAG

Hellabrunn lädt Verband Deutscher Zoodirektoren zur Jahrestagung
Pressemitteilung Tierpark Hellabrunn

Erstmals Nachwuchs bei den Polarfüchsen in Hellabrunn
Pressemitteilung Tierpark Hellabrunn

(teilweise voraus)

Zur Präsentation der Arbeiten und Preisverleihung am Mittwoch, 5. Juni, in der SWM Zentrale, Raum D6.10

SWM verleihen Hochschulförderpreis M-Regeneratio 2012

(6.6.2013) Umweltschutz und Ressourcenschonung haben bei den SWM seit jeher oberste Priorität. Ein wichtiger Bestandteil ihres umfangreichen Maßnahmenbündels ist der SWM Förderpreis M-Regeneratio für Hochschul-Abschlussarbeiten. In diesem Jahr wurde der mit 10.000 Euro dotierte Preis zum 18. Mal verliehen. Eine hochkarätig besetzte Fachjury – namhafte Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung, Politik und Medien – wählten drei Preisträger nach der Präsentation ihrer Arbeiten aus.

1. Platz (5.000 Euro): Janine Dietze
Technische Universität Dresden / Fakultät Bauingenieurwesen
„Bewertung der Wirtschaftlichkeit von thermischen Langzeit-Energiespeichern“

Rainhard Büttner, SWM Geschäftsführer Personal und Soziales, gratuliert der 1. Preisträgerin Janine Dietze.

2. Platz (3.000 Euro): Kristina Speth
Technische Universität München / Fakultät Maschinenwesen
„Optimierung des Heizwerk Riem – Lokale Stromerzeugung“

Herausgeber: Stadtwerke München GmbH • Emmy-Noether-Straße 2 • 80992 München • www.swm.de
Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Bettina Hess
Telefon: 0 89/23 61-50 42 • Telefax: 0 89/23 61-51 49 • E-Mail: presse@swm.de

3. Platz (2.000 Euro): Andreas Lingauer
Technische Universität München / Fakultät Elektro- und Informationstechnik
„Energiewirtschaftliches Potenzial der Einbindung einer elektrischen Heizvorrichtung in ein Fernwärmesystem“

Alle Preisträger und die Gratulanten auf einem Blick: (vorne v.li.) Kristina Speth (2. Platz), Janine Dietze (1.) und Andreas Lingauer (3.); (hinten v.li.) Reinhard Büttner, SWM Geschäftsführer Personal und Soziales und Stephan Schwarz, SWM Geschäftsführer Versorgung und Technik.

Förderung technischer Nachwuchskräfte
Mit ihrem Förderpreis M-Regeneratio zeichnen die SWM herausragende Abschlussarbeiten (Diplom, Bachelor, Master) aus, die an bayerischen Universitäten und Hochschulen sowie der Technischen Universität Dresden geschrieben wurden. Besonders innovative Themen zum konsequenten Engagement in Sachen „saubere Zukunft“ und dem wegweisenden Umgang mit modernsten Technologien sind dabei gefragt. Der Name M-Regeneratio umfasst dabei die beiden Leitbegriffe „regenerative Energiequellen“ und „rationelle Energieanwendung“.

Mit M-Regeneratio möchten die SWM vor allem technische Nachwuchskräfte fördern und die Thematik der rationellen Energie- und Wasserverwendung sowie der Nutzung regenerativer Energien bei Studierenden stärker ins Bewusstsein bringen. Das Interesse an M-Regeneratio zeigt, dass sich Hochschüler wieder zunehmend mit Umwelt- und Ressourcenschutz auseinandersetzen.

Die **Bewerbungsphase für M-Regeneratio 2013** ist bereits angelaufen. Alle Informationen zum Förderpreis sowie die Teilnahmeunterlagen sind abrufbar unter www.swm.de/karriere.

SWM: Klimaschutz und Hightech
Die Erzeugung von Energie hat nachhaltige Auswirkungen auf Umwelt und Klima. Gerade als kommunales Unternehmen sind sich die SWM dieser Verantwortung besonders bewusst. Deshalb haben Umweltschutz und Nachhaltigkeit höchste Priorität. Die SWM Energiestrategie basiert daher auf drei Säulen: Ausbau der erneuerbaren Energien, Energieeinsparung sowie Energieeffizienz durch umweltschonende Kraft-Wärme-Kopplung.

Umfangreiches Angebot für Studierende
Als der technische Spezialist in allen Fragen rund um Umweltschutz, Energie, Trinkwasser und öffentlichen Personennahverkehr brauchen die SWM auch weiterhin fachlich hervorragend ausgebildetes und motiviertes Personal. Das Unternehmen pflegt daher einen sehr engen Kontakt zu Hochschulen und Universitäten. Denn hier, an den Hochschulen, werden die Ingenieure und Entwickler von morgen und damit auch die künftigen, hoch qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SWM ausgebildet.

Die SWM präsentieren ihr breites Arbeits- und Aufgabenspektrum regelmäßig auf Hochschulkontaktmessen und suchen das persönliche Gespräch mit den Professoren und Dekanen. Betriebsbesichtigungen für Lehrende und Studierende der Ingenieurswissenschaften sowie der Informatik sind eine attraktive Ergänzung zum Studienalltag. Die SWM bieten eine große Zahl diverser Praktikumsstellen und Themen für anspruchsvolle Abschlussarbeiten. Ein Angebot, das von Studierenden aus ganz Deutschland gern und rege genutzt wird. In diesem Zusammenhang ist auch der Förderpreis M-Regeneratio ein personalpolitisch zielführendes Instrument. Sinn und Zweck aller Maßnahmen und Angebote der SWM ist es, die Studierenden schon während der Ausbildung über den Arbeitgeber SWM zu informieren, ihnen Einblick in den Berufsalltag in diesem modernen, zukunftsorientierten Energieversorgungs- und Infrastrukturunternehmen zu ermöglichen und qualifiziertes Personal früh und langfristig zu binden.

Hinweis: Kurzfassungen der prämierten Arbeiten sowie die Fotos sind unter www.swm.de/presse abrufbar.

Die Jury des M-Regeneratio 2012

Prof. Dr.-Ing. Hartmut Spliethoff
Technische Universität München, Fakultät Maschinenwesen,
Ordinarius Lehrstuhl Energiesysteme

Prof. Wagner wird derzeit kommissarisch vertreten durch:
Prof. Dr.rer.nat. Thomas Hamacher
Technische Universität München
Lehrstuhl für Energiewirtschaft und Anwendungstechnik

Prof. Dr.-Ing. Gerd Becker
Hochschule München, Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik,
Regenerative Energien - Energietechnik

Prof. Dr.-Ing. Marcus Reppich
Hochschule Augsburg, Fakultät für Maschinenbau

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Dipl.-Phys. Klaus Sedlbauer
Leiter Fraunhofer-Institut für Bauphysik

Dr.-Ing. Josef Schadl
Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft,
Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Christopher Schrader
Redakteur Süddeutsche Zeitung Wissen

Dipl.-Ing. Stephan Schwarz
SWM Geschäftsführer Versorgung und Technik

6.6.2013

Herausgeber
Stadtwerke München GmbH
MVG
80287 München
www.mvg-mobil.de

Verantwortlich für
Inhalt und Redaktion:
Bettina Hess
Telefon:
089.2361-5042
Fax:
089.2361-5149
email:
hess.bettina@swm.de

(teilweise voraus)

Fahrzeugausfälle bei der U-Bahn

Gestern kam es bei der U-Bahn zum Ausfall von bis zu 9 U-Bahnzügen. Die MVG-Leitstelle hat versucht, die Ausfälle weitestgehend auf alle Linien zu verteilen, um die Auswirkungen insgesamt so gering wie möglich zu halten. Die Linie U4 wurde vorübergehend auf den Abschnitt Arabellapark – Max-Weber-Platz verkürzt und die Fahrgäste zwischen Max-Weber-Platz und Theresienwiese auf die U5 verwiesen.

Raimund Paul, Ressortleiter und Geschäftsführer Schiene bei SWM/MVG erklärt zum Hintergrund: „Bei regelmäßigen Überprüfungen der Drehgestelle von U-Bahnwagen wurden in den letzten Wochen bei einigen Drehgestellen Risse im stählernen Drehgestellrahmen festgestellt. Daraufhin habe ich veranlasst, dass alle Drehgestelle der Baureihen A und B einer kurzfristigen intensivierten Sonderüberprüfung unterzogen werden. Dabei wurden in einigen Fällen weitere Anzeichen auf kleinere Risse festgestellt. Als Vorsichtsmaßnahme bis zur weiteren Klärung habe ich diese Fahrzeuge aus dem Betrieb genommen. Dadurch entstand ein vorübergehender Fahrzeugmangel. Die Auswirkung auf den Fahrplan wurde leider dadurch verstärkt, dass wegen der aktuellen Baustelle im Münchner Norden nur ein begrenztes nächtliches Zeitfenster zum Austausch der Fahrzeuge zwischen Werkstatt und Netz zur Verfügung steht. In diesem Zeitfenster konnten nicht alle überprüften und nicht betroffenen Wagen zurück ins Netz überführt werden.“

Insgesamt sind aktuell 29 (von insgesamt 976) Drehgestellen der Baureihen A und B von Anzeichen einer Rissbildung betroffen und deshalb vorübergehend außer Betrieb. Es handelt sich dabei um Drehgestelle unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Laufleistung und auch verschiedener Hersteller.

Paul: „Risse in stark beanspruchten Stahlteilen bzw. im Bereich von Schweißnähten sind nicht grundsätzlich außergewöhnlich und, so lange sie klein bleiben und natürlich je nach Lage, auch nicht grundsätzlich ge-

fährlich. Entscheidend ist, ob sie wachsen und wenn ja, mit welcher Geschwindigkeit. Wir haben daher folgende Veranlassungen getroffen: Es wurde ein externer Gutachter eingeschaltet. Ferner wurde die Firma Bombardier beauftragt, durch spezielle Tests und Messungen das Rissverhalten zu untersuchen. Insbesondere soll damit geklärt werden, wie eine Reparatur durch Schweißen durchgeführt werden kann. Parallel dazu sind wir bereits auf der Suche nach einer zertifizierten Fachfirma, die dann diese Schweißungen ausführt. Zudem haben wir begonnen, einen Teil der betroffenen Drehgestelle durch Einbau von als Ersatzteil vorrätigen Drehgestellrahmen kurzfristig wieder einsatzfähig zu machen."

Selbstverständlich wurde und wird auch die Technische Aufsichtsbehörde laufend informiert.

Zu den Auswirkungen auf die Fahrgäste erklärt Paul: „Ich bedauere die Fahrzeugausfälle sehr. Die Außerbetriebssetzung der Fahrzeuge, bei denen Anzeichen von Schäden gefunden wurden, geschah vorsorglich. Dafür bitte ich um Verständnis, aber die Sicherheit hat absoluten Vorrang und da reagieren wir im Zweifelsfall lieber übervorsichtig. Durch die beschriebenen Maßnahmen tun wir alles, damit schon ab Donnerstag wieder mehr U-Bahnwagen eingesetzt werden können. Ich kann aber derzeit nicht ausschließen, dass es in den nächsten Tagen noch zu einzelnen Ausfällen kommt, zumal ich derzeit noch nicht weiß, welche Reparaturen vom Gutachter vorgeschlagen werden und welcher Zeitaufwand damit verbunden sein wird."

Vandalismus kostet 2012 fast 1,9 Millionen Euro

Vandalismus kam die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) und ihre Fahrgäste auch 2012 teuer zu stehen. Mit knapp 1,9 Millionen Euro lagen die Gesamtkosten für die Beseitigung entsprechender Schäden leicht über dem Vorjahreswert. (1,8 Millionen) und im Durchschnitt der letzten Jahre. Ähnlich wie in den Vorjahren entfielen rund 80 Prozent der Schadenssumme (rund 1,5 Mio. Euro) auf die U-Bahn. Negativ zu Buche schlug dabei ein Anstieg von Schäden in U-Bahnfahrzeugen, insbesondere Vandalismus an Sitzen. Die Schäden bei Bussen und Trambahnen beliefen sich auf rund 280.000 Euro. Erfreulich: In diesem Bereich waren

die Schäden deutlich rückläufig (rd. 20 Prozent weniger als 2011). Ebenfalls deutlich rückläufig waren Schäden durch große Aussengraffiti.

MVG-Chef Herbert König: „Dass der Vandalismus nicht weiter um sich greift bzw. im Bereich von Bussen und Trambahnen zurückging, ist nach unserer Beobachtung auch wesentlich auf den Ausbau der Videoüberwachung zurückzuführen. Insbesondere dort, wo Kameras installiert sind, registrierte die MVG auch 2012 rückläufige Straftaten. Das zeigt, dass die Kameraüberwachung dazu beiträgt, Vandalen von möglichen Taten abzuhalten – und Täter zu ermitteln. Gleichzeitig dürften auch weitere präventive Maßnahmen wie der zielgerichtete Einsatz der U-Bahnwache und unsere Strategie der schnellen Beseitigung von Vandalismusschäden einen positiven Effekt haben und Nachahmungstaten verhindern.“

Die MVG appelliert zudem an ihre Kunden, die Augen offen zu halten. Fahrgäste, die Vandalismus beobachten, sollten sich umgehend an den nächsten Mitarbeiter wenden oder die MVG z. B. über eine der mehr als 2.000 Sprechstellen in den U-Bahnzügen und U-Bahnhöfen informieren. Letztlich muss der Großteil der entstandenen Kosten für die Beseitigung von Schäden aus Fahrgeldeinnahmen finanziert werden, also mit Kundengeldern.

9. und 23. Juni: MVG Museum öffnet wieder; am vierten Juni-Sonntag ist Unimog-Tag

Am zweiten und vierten Sonntag im Juni hat das MVG Museum in München-Ramersdorf geöffnet. Die Ausstellung rund um die Entwicklung des Münchner Nahverkehrs kann am 9. und 23. Juni jeweils von 11 bis 17 Uhr besichtigt werden. Einige Highlights im Museum:

- In der großen Halle sind auf zwei Gleisen **historische Trambahnen** ausgestellt, daneben **Busse, Arbeitsfahrzeuge** und **Modelle**.
- In einer nachgebauten Untersuchungsgrube hat man die seltene Gelegenheit, eine **Tram von unten** zu betrachten.
- Ein **U-Bahn-Fahrsimulator** bietet die Möglichkeit, in die Rolle eines U-Bahnfahrers zu schlüpfen.
- Am **interaktiven Netzplan** können sich Besucher mittels Leuchtdioden das Tram- und U-Bahnnetz vergangener Zeiten anzeigen lassen.
- Es werden laufend **Führungen** angeboten, auch für Kinder.

Unimog-Tag am 23. Juni

Neben Bussen und Bahnen präsentiert das MVG Museum am 23. Juni auch **Unimogs**. Die Fahrzeuge werden in einer großen Sonderschau von 11 bis 17 Uhr auf dem Museumsgelände an der Ständlerstraße zu sehen sein. Die Kleinstlastwagen stammen aus den Jahren 1950 bis 2013. Die meisten Unimogs stellen die Oberbayerischen Unimog-Freunde, die auch persönliche Führungen und einen Shop-Verkauf (Bücher, Modelle) organisieren. Für Kinder werden u.a. Feuerwehr-Vorführungen angeboten.

Eintrittspreise: Erwachsene zahlen 2,50 Euro, Kinder und Jugendliche (6 bis 14 Jahre) bzw. Schüler und Studenten 2 Euro. Familienkarte: 5 Euro

Anfahrt: Das MVG Museum befindet sich in der Ständlerstraße 20. Es ist mit der Tram 17, Endhaltestelle Schwanseestraße, und mit den StadtBus-Linien 139, 144 und 145, Haltestelle Ständlerstraße, zu erreichen. Außerdem fährt ab 11 Uhr alle halbe Stunde ein Shuttlebus ab Giesing Bf.

Weitere Informationen: www.mvg-mobil.de > MVG Museum

Ein Unternehmen der
Landeshauptstadt München

GEWOFAG Holding GmbH

Stellungnahme

Helsinkistraße 21 - 25:
Keine Keimbelastung, keine Legionellen

München, 6. Juni 2013: Wie bereits in der Stellungnahme der GEWOFAG Holding GmbH vom 13. Mai 2013 zur Stadtratsanfrage der Fraktion „Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / ÖDP / Bayernpartei“ zur angeblichen Keimbelastung im Trinkwasser der Wohnanlage Helsinkistraße 21 - 25 in der Messestadt West bekannt gegeben, ergab die bakteriologische Untersuchung des Trinkwassers auf Erreger von Durchfallerkrankungen durch eine Fachfirma und ein unabhängiges, zertifiziertes Labor nach der Trinkwasserverordnung von 2001 am 8. Mai 2013 keinerlei Beanstandung des Trinkwassers in den genannten Gebäuden.

Hinsichtlich einer möglichen Legionellenbelastung wurde gemäß der Trinkwasserverordnung am 25. April 2013 eine Beprobung durch eine Fachfirma und durchgeführt und ebenfalls durch ein unabhängiges, zertifiziertes Labor untersucht. Das Ergebnis dieser Untersuchungen lag etwa zwei Wochen nach der Probenentnahme vor. Mit einem Schreiben vom 14. Mai 2013 haben wir die Mieter über das Ergebnis informiert. Die Warmwasserboiler, Leitungen und Zirkulation waren frei von Legionellen. Lediglich bei einer Mietpartei wurde ein Wert von 200 KBE/100 ml (kolonienbildende Einheiten pro Milliliter) festgestellt. Daraufhin hat die GEWOFAG folgende Maßnahmen eingeleitet:

- Erarbeitung einer Gefährdungsanalyse durch eine Fachfirma
- Die Leitungen wurden durchspült und desinfiziert
- Die Warmwassertemperatur wurde auf 60°C bis 62°C erhöht
- Einstellung der Zirkulationsventile
- Die Heiz- und Ladezeiten wurden eingestellt

Diese Maßnahmen fanden in enger Abstimmung mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt der Stadt München statt.

Legionellen sind Bakterien, die in geringen Konzentrationen natürlicherweise im Wasser vorkommen können. Eine Erkrankung aufgrund von Legionellen kann sich nur ergeben, wenn diese in sehr hohen Konzentrationen über Wassernebel, zum Beispiel beim Duschen eingeatmet werden. Die nach der Trinkwasserverordnung einzuhaltende Legionellenkonzentration (technischer Maßnahmenwert) beträgt 100 KBE/100 ml (kolonienbildende Einheiten pro 100 Milliliter). Darunter liegende Werte sind im zulässigen Bereich und damit unbedenklich.

Erst bei dem Nachweis von mehr als 10.000 Legionellen/100 ml („extrem hohe Kontamination“) im Warmwasser ist eine Nutzungseinschränkung des Warmwassers erforderlich (d. h. das Duschen mit Warmwasser ist zu unterlassen). Der in der Helsinkistraße bei einer Mietpartei festgestellte Wert stellt eine vergleichsweise geringe Überschreitung des Grenzwertes dar.

Wenn eine Überschreitung der Werte ausschließlich in einer Wohnung festgestellt wird, Heizzentrale und Steigleitungen jedoch völlig legionellenfrei sind, ist die Ursache für die Überschreitung oft eine Nichtbenutzung von einzelnen Wasserhähnen in der Wohnung über längere Zeit, worauf das Wohnungsunternehmen keinerlei Einfluss hat.

Eine Nachuntersuchung auf Legionellenbefall wurde in der Helsinkistraße 21 - 25 am 21. Mai 2013 gezogen. Das Ergebnis liegt nun vor: Es konnte keinerlei Kontamination mit Legionellen festgestellt werden. Darüber werden wir die Mieter selbstverständlich unverzüglich informieren.

Das Trinkwasser (Warm- und Kaltwasser) in der Helsinkistraße 21 - 25 ist in jeder Hinsicht einwandfrei. Es liegen weder eine Keim- noch eine Legionellenbelastung vor.

Pressekontakt

Peter Scheifele
Leitung Konzernkommunikation

GEWOFAG Holding GmbH
Kirchseeoner Straße 3
81669 München

Tel: 089 4123-123 | Fax: 089 4123-319
E-Mail: peter.scheifele@gewofag.de
www.gewofag.de

Presse-Mitteilung

Hellabrunn lädt Verband Deutscher Zoodirektoren zur Jahrestagung

„Wie bauen wir am besten für unsere Tiere?“ Oder: „Was gibt es Neues zum Thema Erhaltungszuchten?“ Diese und viele weitere zoologische und thematisch verwandte Fragen beschäftigten rund 120 Entscheider aus Zoos und Aquarien des deutschsprachigen Raums von 29. Mai bis 1. Juni in Prien/Chiemsee. Gastgeber der Jahrestagung des Verbands Deutscher Zoodirektoren (VDZ) war die Münchener Tierpark Hellabrunn AG.

Zur diesjährigen Tagung des VDZ lud Münchens Zoodirektor Dr. Andreas Knieriem knapp 120 Kollegen aus dem deutschsprachigen Raum ins Yachthotel Prien am Chiemsee. Der 1887 gegründete VDZ ist die älteste Zoo-Organisation weltweit. Der Verband vereinigt die wissenschaftlich geleiteten Zoos im deutschsprachigen Raum und setzt sich für richtig verstandenen Tierschutz und gute Zootierhaltung ein.

Bei der Jahrestagung wählten die Mitglieder des VDZ einstimmig Theo Pagel zu ihrem neuen Präsidenten. Pagel, Direktor des Kölner Zoos, löst den bisherigen Amtsinhaber Dr. Thomas Kauffels, Direktor des Opel-Zoos in Kronberg/Taunus, ab. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit wird unter anderem der Aufbau der neuen Geschäftsstelle in Berlin sein. „Ich freue mich sehr auf die neue Aufgabe und danke für das mir entgegengebrachte Vertrauen. Von Zuchterhaltung über Tierschutz bis hin zur Umweltpädagogik: Zoologische Gärten haben vielfältige Aufgaben und sind viel mehr als Freizeit- und Erholungseinrichtungen. Das wollen wir in Zukunft verstärkt herausstreichen“, sagt Theo Pagel.

Der Gastgeber der VDZ-Tagung, Zoodirektor Dr. Andreas Knieriem zeigt sich höchst zufrieden mit der Austragung und den Ergebnissen der Tagung: „Wir haben eine erfolgreiche und ergebnisreiche Tagung hinter uns, die trotz des Jahrhundertregens sicherlich allen Teilnehmern in bester Erinnerung bleiben wird. Dazu hat die bayrische Gastfreundlichkeit bestimmt beigetragen.“ Der Münchner Tierpark war 2012 bereits Ausrichter der Europäischen Zoodirektoren-Tagung (EAZA) und 2011 der Tagung der Kaufmännischen Leiter der deutschsprachigen Zoos.

München, den 06.06.2013/ 20

Weitere Informationen:
Christiane Reiss
Leitung Marketing/Presse
Münchener Tierpark Hellabrunn AG
Tierparkstr. 30, 81543 München
Tel: +49(0)89 / 62 50 8-718
Fax: +49(0)89 / 62 50 8-52
E-mail: reiss@tierpark-hellabrunn.de
www.tierpark-hellabrunn.de
www.facebook.com/tierparkhellabrunn

Münchener Tierpark Hellabrunn AG
Vorsitzende des Aufsichtrates:
Christine Strobl, 2. Bürgermeisterin
Vorstand:
Dr. Andreas Knieriem
Eingetragen in das Handelsregister
des Amtsgerichts München, HRB 42030
UST-IdNr.: DE 129 521 751

Presse-Einladung

Erstmals Nachwuchs bei den Polarfüchsen in Hellabrunn

Polarfuchs-Dame Ronja macht es spannend. Bereits Ende April hat sie ihre fünf Babys zur Welt gebracht, doch erst jetzt bekommen Tierpfleger und Besucher die kleinen wuscheligen Wollknäuel zu Gesicht. Gut behütet haben die meerschweinchen-großen Polarfuchs-Babys bisher vor allem ihre gemütlichen Höhlen kennen gelernt. Jetzt ist für sie – gemeinsam mit Mama Ronja (2 Jahre) und Papa Yaqui (2) – die Entdeckung des Geheges angesagt.

Zur Vorstellung der ersten Hellabrunner Polarfuchs-Babys laden wir Sie herzlich ein:

Am Freitag, 07. Juni 2013, um 10 Uhr.

Treffpunkt: Flamingo-Eingang, Tierpark Hellabrunn

Hinweis für Fotografen:
Bitte Geduld (da es sich um schüchterne Jungtiere handelt) und, wenn möglich, ein 400mm Objektiv mitbringen.

Aktueller TV-Tipp:

Mit dem Sommer-Spezial „Neues aus dem Münchner Tierpark“ berichtet das Bayerische Fernsehen ab 8. Juni in insgesamt 10 Folgen immer samstags von 15.00 bis 15.30 Uhr aus Hellabrunn. In der ersten Folge geht es u.a. um die Polarfuchs-Babys und den Umzug der Giraffen in das neue Giraffenhaus.

Beim Pressetermin am 7. Juni stehen für Gespräche und Fragen zur Verfügung: Zoodirektor Dr. Andreas Knieriem, die BR-Reporter Jens-Uwe Heins und Felix Heidinger, die „Zeit für Tiere“-Redakteurin Jana Mudrich und der Redaktionsleiter Udo A. Zimmermann.

München, 05.06.2013 / 19

Weitere Informationen:
Verena Wiemann
Marketing/Presse
Münchener Tierpark Hellabrunn AG
Tierparkstr. 30, 81543 München
Tel: +49(0)89 / 62 50 8-718
Fax: +49(0)89 / 62 50 8-52
E-Mail: wiemann@tierpark-hellabrunn.de
Website: www.tierpark-hellabrunn.de
www.facebook.com/tierparkhellabrunn

Münchener Tierpark Hellabrunn AG
Vorsitzende des Aufsichtrates:
Christine Strobl, 2. Bürgermeisterin
Vorstand:
Dr. Andreas Knieriem
Eingetragen in das Handelsregister
des Amtsgerichts München, HRB 42030
UST-IdNr.: DE 129 521 751